

# Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 14. Dezember 1964

Blatt 3277

Geehrte Redaktion!

=====

In dieser Woche wird Bürgermeister Jonas noch drei von der Wiener Stadtverwaltung geschaffene wichtige Verkehrsbauten eröffnen. Wir bitten Sie, folgende Termine vorzumerken:

Donnerstag, 17. Dezember, 8.30 Uhr, Eröffnung der Spetterbrücke über die Vorortelinie in Ottakring. Die Spetterbrücke ist ein wichtiges Zwischenglied der kommenden Schnellverkehrsstraße von der Autobahn-West über Flötzersteig-Gablenzgasse zur Burggasse. Zufahrt zur Spetterbrücke: Straßenbahnlinien 10 und 46.

Freitag, 18. Dezember, 8.30 Uhr, Übergabe des soeben gebauten Teiles des Mariahilfer Gürtels, der die Linke Wienzeile mit der Gumpendorfer Straße verbindet (Gürteldurchbruch). Treffpunkt: Ecke Linke Wienzeile und Eisvogelgasse.

Samstag, 19. Dezember, 15.30 Uhr, Eröffnung der Wiener Nord-einfahrt (Prager Straße-Nordbrücke-Nußdorfer Brücke-Donaukanalbegleitstraßen-Gürtelbrücke). Treffpunkt: 21, Prager Straße bei der Einmündung des neuen Straßenzuges zur Nordbrücke.. Zufahrt: Straßenbahnlinie 132.

Sie sind herzlich eingeladen, zu diesen wichtigen Veranstaltungen Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

Bürgermeister Franz Jonas:

Appell an alle Wiener: Interessieren Sie sich für das Gemeindebudget!

=====

Das Bemerkenswerteste in diesem Jahr - Weihnachtswünsche an alle

14. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien gab Bürgermeister Jonas Sonntag, den 13. Dezember, einen Bericht über die soeben erfolgte Konstituierung des neuen Wiener Gemeinderates und über die wichtigsten Ereignisse im nunmehr ablaufenden Jahr. Der Bürgermeister führte aus:

"Am vergangenen Freitag hat der neue Gemeinderat seine Konstituierung vorgenommen. Es wurden der Bürgermeister, die Vorsitzenden des Gemeinderates und die Schriftführer gewählt. Dann erfolgte die Wahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse und der anderen gemeinderätlichen Körperschaften. In der Landtagssitzung, die am gleichen Tag stattfand, wurden die drei Präsidenten, die Schriftführer und die Mitglieder der Landtagsausschüsse gewählt. Außerdem wurden zwölf Mitglieder des Bundesrates gewählt, die das Land Wien in diese Körperschaft entsendet. Somit sind der Gemeinderat und der Landtag nach den Neuwahlen vom 25. Oktober dieses Jahres in ihre Rechte und Pflichten eingetreten und können die Arbeiten sofort aufnehmen.

Leider sind die beiden großen Parteien im Wiener Gemeinderat bei ihren Verhandlungen zur Bildung des neuen Stadtsenates noch nicht so weit gekommen, daß auch schon die Stadträte, das sind die Mitglieder des Stadtsenates, beziehungsweise der Landesregierung, gewählt werden konnten. Es wäre für die Wähler verständlicher,

./.

würden bei der Konstituierung des Gemeinderates auch schon die Stadträte gewählt worden sein. Es soll aber diese Verzögerung kein Anlaß zu einer Beunruhigung sein. Es ist begreiflich, daß die beiden Parteien das Kräfteverhältnis, das durch die Wahlen vom 25. Oktober geschaffen wurde, sehr genau abwägen und sich im Rahmen der gemeinsamen Arbeit eine günstige Stellung sichern wollen. Nachdem das Arbeitsübereinkommen, das zwischen den beiden Koalitionsparteien abgeschlossen werden soll, sich nicht auf kurze Zeit, sondern auf alle fünf Jahre der neuen Wahlperiode erstreckt, ist es verständlich, daß alles genau überlegt, geprüft und dann das Ergebnis der Verhandlungen den beschlußberechtigten Körperschaften der beiden Parteien zur Genehmigung vorgelegt wird. Es ist also dagegen nichts einzuwenden, sondern vielmehr zu begrüßen, wenn die Verhandlungen so geführt werden, daß keine Unklarheiten bestehen bleiben, sondern die Verhandlungspartner und die Wähler wissen, woran sie sind. Hoffentlich werden die Verhandlungen doch in kurzer Zeit abgeschlossen sein, damit dann die Mitglieder des neuen Stadtsenates gewählt werden können. In unserer Stadtverfassung ist wohl die Bestimmung enthalten, daß die Stadträte auch nach Ablauf der regelmäßigen Amtsdauer bis zur Neuwahl ihrer Nachfolger im Amte verbleiben. Aber allzu lange darf die Neuwahl der Nachfolger nicht verzögert werden, damit die Arbeit im Rathaus in einer klaren und zweifelsfreien Atmosphäre vor sich gehen kann.

Inzwischen waren die Vorarbeiten für die nächsten Sitzungen des neuen Gemeinderates bereits so weit gediehen, daß nach der Konstituierung alle vor Jahresablauf noch notwendigen Verhandlungen durchgeführt werden können. Es sind dies vor allem Berichte über das Jahr 1963, und zwar der Rechnungsabschluß, der Bericht des Kontrollamtes und die Bilanz der Wiener Stadtwerke. Anschließend daran wird bis voraussichtlich 19. Dezember das Budget für das Jahr 1965 beraten und beschlossen. Über dieses Budget wurde in den Tageszeitungen und im Rundfunk zwar schon einiges berichtet, doch wird es gut sein, wenn Sie die Beratungen im Gemeinderat genau verfolgen. Ich lade Sie deshalb ein, an den

./.

kommenden Tagen die Gemeinderatssitzungen zu besuchen, soweit es Ihre Zeit erlaubt, auch wenn es nur für ein oder zwei Stunden ist. Die Sitzungen beginnen immer um 9 Uhr. Die Eintrittskarten sind im Präsidialbüro des Rathauses im ersten Stock zu beheben.

Seitdem wir in Wien Vollbeschäftigung haben, also seit ungefähr zehn Jahren, wird der Umfang des Budgets immer größer und erreicht jedes Jahr eine neue Rekordhöhe. Das ist auch für 1965 so. Die Einnahmen werden sich auf 8,6 Milliarden und die Ausgaben auf 8,8 Milliarden Schilling belaufen. Die Stadtwerke, die ein eigenes Budget vorlegen, werden Einnahmen in der Höhe von 3,7 Milliarden und Ausgaben von 3,9 Milliarden Schilling verzeichnen. Es sind also Gesamtausgaben von zwölf einhalb Milliarden Schilling, die im nächsten Jahr direkt oder indirekt der gesamten Wiener Wirtschaft wieder zufließen werden. Damit werden neuerdings zehntausende Arbeitsplätze gesichert, aber vor allem wird damit vorgesorgt, daß die Ausbau- und Modernisierungsarbeiten in unserer Stadt weitergeführt werden können. Viele Wünsche und Bedürfnisse werden befriedigt, aber doch nicht alle. Dem Gemeinderat geht es ungefähr so wie dem gewissenhaften Familienvater oder der Hausfrau, die darauf zu achten haben, daß die Gelder vernünftig eingeteilt werden, damit das Notwendige angeschafft wird ohne sich in Schulden einzulassen. Ich bitte Sie also, sich für die Beratungen im Gemeinderat zu interessieren, und zwar auch deshalb, weil es sich in erster Linie um die Steuergelder der Wiener Bevölkerung handelt. Lassen Sie sich von den vielen Zahlen nicht abschrecken. Denken Sie daran, daß hinter den Zahlen das Leben und das Arbeiten unserer Stadt stehen, die im nächsten Jahr wieder um einen großen Schritt vorwärtskommen soll.

Wenn das Jahr zu Ende geht, benütze ich meine Sendung dazu, um Ihnen über die wichtigsten Merkmale und Ereignisse des ablaufenden Jahres zu berichten. Es wäre verlockend, Sie im einzelnen daran zu erinnern, daß im Jahre 1964, mehr als in den vorhergehenden Jahren, große Vorhaben der Gemeinde Wien fertiggestellt wurden. Das hat seinen Grund darin, daß eben am Ende der abgelaufenen fünfjährigen Arbeitsperiode des Gemeinderates auch jene Vorhaben fertig wurden, die einer mehrjährigen Arbeit bedurften.

Das traf bei den großen Verkehrsbauten zu, also zum Beispiel bei der Albertina-Passage, bei der Grünbergstraße und bei der Kennedy-Brücke, bei der Prager Straße und beim Flötzersteig, ebenso bei der Gürtelbrücke und Adalbert Stifterstraße, bei der Nordbrücke mit allen Anschlußstücken, bei der Spetterbrücke und bei der Vollendung der Gürtelstraße. Besonders erfreulich waren die Erfolge im Spitalswesen, weil im Wilhelminenspital und im Franz Josef-Spital große Erweiterungen vorgenommen werden konnten. Das Ereignis, das nach außen hin am stärksten in Erscheinung trat, war wohl die Internationale Gartenausstellung, die vom April bis Oktober stattfand und 2,1 Millionen Besucher aus dem In- und Ausland anlockte. Sie bedeutete für alle Blumenfreunde ein unvergeßliches Erlebnis.

Besonders erfolgreich war wieder die Kongreßtätigkeit in unserer Stadt. Unsere Fremdenverkehrsstelle berichtet in ihrem letzten Ausweis, daß in diesem Jahr 163 Kongresse und Tagungen der verschiedensten Größe stattfanden, deren bedeutendster der Weltpostkongreß war, der sechs Wochen dauerte. Auch der Bericht über die Entwicklung des Fremdenverkehrs ist außerordentlich erfreulich, denn die Zahl der gemeldeten Fremden ist gegenüber dem Vorjahr um 14½ Prozent gestiegen und erreicht insgesamt 930.600 Personen. Ihre Übernachtungen stiegen um 9,7 Prozent und erreichten 2,707.000. In diesen Zahlen sind Gäste, die Privatunterkunft fanden, nicht enthalten. Auch die Jugendherbergen und die Campingplätze wiesen steigende Besucherzahlen auf. Alles in allem ein erfreulicher Bericht, der uns zeigt, daß Wiens Anziehungskraft für internationale Veranstaltungen und für Besucher aus dem Ausland weiterhin gewachsen ist.

Und nun, will ich Ihnen, wie ich das jedes Jahr tue, jene wenigen Zahlen zur Kenntnis bringen, die am deutlichsten die Situation unserer Stadt und das Leben seiner Bewohner charakterisieren. Vorerst die Feststellung, daß die Stabilität unserer Wirtschaft am deutlichsten darin zum Ausdruck kommt, daß die Zahl der Beschäftigten, die bei der Gebietskrankenkasse, und die Zahlen der Arbeitssuchenden, die beim Arbeitsamt gemeldet sind, im Vergleich zum Vorjahr fast gleich geblieben sind.

Die Gebietskrankenkasse meldet 653.340 Versicherte und das Arbeitsamt meldet 12.720 vorgemerkte Arbeitssuchende. Es scheint, daß die Arbeitskraftreserven völlig ausgeschöpft sind, und daß unsere Wirtschaft eine Ausweitung der Erzeugungskapazität fast nur mehr durch eine weitere Rationalisierung und Mechanisierung erreichen kann.

So wie in den vergangenen Jahren muß ich auch heuer berichten, daß die Zahl der motorisierten Fahrzeuge neuerlich gewachsen ist. Ende Oktober 1964 war sie im Vergleich zum Vorjahr um 15.560 auf 321.180 gestiegen, obwohl Motorräder und Mopeds um 3.430 weniger wurden. Das Tempo des Zuwachses an Kraftfahrzeugen hat sich gegenüber den vergangenen Jahren doch schon etwas verlangsamt. Ist das schon ein Zeichen einer gewissen Sättigung? Die Verkehrsunfälle sind in ihrer Gesamtzahl trotz der Vermehrung der Autos gleichgeblieben, doch ist die Zahl der verletzten Verkehrsteilnehmer um 540 auf 9.720 gestiegen und leider hat sich die Zahl der tödlich Verletzten um 38 auf 216 erhöht. Wir registrieren diese Tatsache mit größtem Bedauern, aber auch mit der Aufforderung an alle Verkehrsteilnehmer, sich der Verantwortung bewußt zu sein und gegenseitig ein Höchstmaß von Rücksichtnahme zu üben.

Zum erstenmal seit zehn Jahren muß ich Ihnen leider mitteilen, daß die Zahl der Geburten sich im Vergleich zum Vorjahr kaum erhöht hat. Bisher stiegen wir von Jahr zu Jahr um ungefähr 1000 Geburten. Im ablaufenden Jahr ist das leider nicht mehr der Fall. Wir werden voraussichtlich 20.200 Geburten haben, was gegenüber dem Vorjahr ungefähr gleichbleibend ist. Ich weiß nicht, ob diese Stagnation auf einen Zufall oder auf andere Ursachen zurückzuführen ist. Eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung könnte als Begründung nicht angeführt werden, eher noch eine Veränderung der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter. Jedenfalls wäre es wert, die Tendenz der Geburtenzahlen genau zu prüfen. Hoffentlich ist das Jahr 1964 nur eine vorübergehende Unterbrechung der Geburtensteigerung in Wien.

Und nun wieder ein erfreuliches Kapitel, das uns zeigt, daß das Vertrauen der Bevölkerung in den Schilling anhält und daß Sparen weiterhin modern bleibt. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien meldet mir, daß sich heuer die Summe der Sparein-

lagen wieder erhöht hat, und zwar um 847 Millionen auf 6.585 Millionen. An dieser Erhöhung nimmt auch das Jugendsparen teil, das heuer bereits auf einen Sparbetrag von 111 Millionen Schilling hinweisen kann. Und ein weiterer erfreulicher Bericht: die Stadt Wien hat im Rahmen ihres sozialen Wohnbauprogramms heuer 5.000 Wohnungen fertiggestellt und beinahe alle den neuen Mietern bereits übergeben. Ein Teil dieses Erfolges ist der neuen Montagebauweise zuzuschreiben, deren erste große Baustelle in Neu-Kagran sich schon zu einem eigenen Stadtteil entwickelt.

Meine heutige Sendung ist die letzte vor dem Weihnachtsfest. Ich will deshalb die Gelegenheit benützen, Ihnen, der ganzen Wiener Bevölkerung und allen österreichischen Landsleuten ein recht frohes und glückliches Weihnachtsfest zu wünschen. Ich denke dabei besonders an jene Wienerinnen und Wiener, die wegen Erkrankung während der Festtage im Spital sein müssen oder die in den Altersheimen Zuflucht gefunden haben. Sie mögen sich nicht vereinsamt und vergessen vorkommen, sondern überzeugt sein, daß sie mit eingeschlossen sind in dem Gedanken aller gutgesinnten Wienerinnen und Wiener."

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

## Das Personal der Stadt Wien

=====

14. Dezember (RK) Am zweiten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe I (Personalwesen, Verwaltung und Betriebsreform) behandelt. Stadtrat Bock (SPÖ) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Die Vorbereitung und die Realisierung der im Budget gestellten Aufgaben liegen zum überwiegenden Teil in den Händen des städtischen Personals - unserer rund 54.000 Gemeindebediensteten. Auf sie kann sich die Stadt Wien stets verlassen. Das war bisher so und ich bin überzeugt, es wird auch in Zukunft der Fall sein. Einsatzbereitschaft und Pflichterfüllung gehen oft über das normale Maß hinaus.

Daraus ergibt sich aber für uns eine Verpflichtung: Wir müssen Vorsorge treffen, daß auch unser Personal am sozialen Fortschritt teilnehmen kann und am gesteigerten Sozialprodukt seinen gerechten Anteil erhält. Freilich, die Lösung dieser Probleme ist für den öffentlichen Dienstgeber ungleich schwieriger als für den privaten Dienstgeber. Die Privatwirtschaft legt erhöhte Lohnkosten unbeschwert sofort auf die Preise um. Die öffentliche Hand kann nicht bei jeder Lohnbewegung im selben Ausmaß Abgaben und Gebühren erhöhen. Ein weiteres Moment, das berücksichtigt werden muß, ist das unbedingt gemeinsame Vorgehen mit anderen Gebietskörperschaften. Trotzdem gilt Wien auf dem Gebiet des Dienst- und Besoldungsrechtes als ein Motor des Fortschritts.

2,4 Milliarden für das Personal

Der Wiener Magistrat rechnet für das Jahr 1965 mit Personalausgaben von 2.428,22 Millionen Schilling, das sind um 169,57 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Dieser Mehraufwand hat verschiedene Ursachen. Mit 1. Jänner 1964 wurden die Bezüge um zwei Prozent und mit 1. August 1964 um weitere vier Prozent erhöht. Im gleichen Ausmaß wurden die Bezüge der Vertragsbediensteten erhöht. Weiter die Bezüge der jugendlichen Stenotypistinnen, der Sondervertragsbediensteten, der Abteilungsärzte und anderer. Auch die Nebengebühren wurden entsprechend erhöht. Außerdem trat eine Erhöhung der großen Haushaltszulage von 100 Schilling auf 150 Schilling ein.

./.



Eine weitere Erhöhung ergibt sich durch die heuer geschaffenen Verwendungszulagen und die ab Juli 1965 zugesagte teilweise Anrechenbarkeit dieser Zulage für die Bemessung des Ruhegenusses.

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das kommende Jahr mit einem Personalaufwand von insgesamt 1.493,63 Millionen Schilling, das sind um 95,86 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr.

#### Der Personalstand

Der Dienstpostenplan für das Jahr 1965 sieht beim Magistrat einen Personalstand von insgesamt 34.689 Aktivbediensteten vor. Das sind nur um sieben mehr, als im Voranschlag 1964. Obwohl die Vermehrung von verschiedenen sozialen Einrichtungen einen Mehrbedarf ergeben würde, konnte durch Reformen und Einsparungen der Personalstand für das Jahr 1965 fast gleich hoch gehalten werden wie für 1964.

Bei den Wiener Stadtwerken beträgt der Personalstand für 1965 19.425, das sind um 152 weniger als für 1964 vorgesehen waren; infolge Personalmangel wurde diese Zahl wirtschaftlich abgesetzt. Im kommenden Jahr wird der Stand der Pensionisten beim Magistrat voraussichtlich 17.214 erreichen, das sind um 417 mehr als 1964.

Die Wiener Stadtwerke rechnen 1965 mit 18.844 Pensionisten, somit um 30 weniger als im abgelaufenen Jahr.

#### Situation auf dem Arbeitsmarkt

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist in Wien durch verschiedene Umstände noch angespannter als in den übrigen Bundesländern. Ende August 1964 waren 34 Prozent der österreichischen Bevölkerung, das sind 2,418.334, unselbständig erwerbstätig. 36,6 Prozent davon waren Frauen. Vergleicht man diesen Prozentsatz mit dem anderer Länder, so erkennt man, daß Österreich weit vorne liegt. Von 100 Frauen sind in Italien 23 berufstätig, in den USA 26, in der Bundesrepublik Deutschland 33, in Österreich 36 und in der UdSSR 49.

In Wien betrug der Anteil der Frauen der unselbständig Erwerbstätigen sogar 42,8 Prozent. Somit hat Wien den höchsten Stand an unselbständig beschäftigten Frauen Österreichs. Dabei ist besonders erwähnenswert, daß von den 866.856 unselbständig erwerbstätigen Frauen 80,5 Prozent kein Kind haben, 14,2 Prozent ein Kind, 4,1 Prozent zwei Kinder, 0,9 Prozent drei Kinder und 0,3 Prozent vier und mehr Kinder haben.

Diese Aufstellung zeigt deutlich, welche schwierige Situation sich auf dem Arbeitsmarkt noch ergeben könnte, wenn Frauen mit Kindern allmählich aus dem Berufsleben ausscheiden. Immerhin handelt es sich dabei um rund 168.700 unselbständig erwerbstätige Frauen in ganz Österreich. Die genannten Zahlen zeigen deutlich, daß die Reserven des Arbeitsmarktes, besonders in Wien, schon sehr ausgeschöpft wurden und wir dort, wo es möglich ist, verstärkt rationalisieren und automatisieren müssen, wenn wir unsere Aufgaben voll erfüllen wollen.

Diese Situation wird noch dadurch erschwert werden, daß die schwachen Geburtsjahrgänge der Nachkriegsjahre und das neunte Schuljahr wirksam werden, sodaß die Nachwuchsfrage besonders akut werden wird.

Wenn auch die augenblickliche Situation auf dem Arbeitsmarkt für uns sehr unangenehm ist - das sei auch mit aller Deutlichkeit festgestellt - ist sie uns doch lieber, als jene in den dreißiger Jahren, als Hunderttausende arbeitslos waren: Nach wie vor muß unsere Aufgabe sein: Erhaltung der Vollbeschäftigung!

#### Nachwuchsproblem

Um dem Mangel an Kanzleipersonal beim Magistrat in Zukunft begegnen zu können, haben wir heuer damit begonnen, 150 Kanzleilehrlinge einzustellen, welche nach dreijähriger Lehrzeit und gleichzeitigem Besuch der Berufsschule als jugendliche Stenotypisten und ab dem 18. Lebensjahr als Kanzleibeamte eingesetzt werden.

Die Kanzleilehrlinge erhalten - wie bei den Wiener Stadtwerken - im ersten Jahr monatlich 400 Schilling, im zweiten Jahr 550 Schilling und im dritten Jahr 700 Schilling.

Da die Kanzleilehrlinge alle sechs Monate die Dienststelle wechseln, werden sie im Laufe ihrer Lehrzeit die vielen Aufgabengebiete der Verwaltung kennenlernen, was ihnen später als junge Kanzleibeamte sehr zugute kommen wird. Im kommenden Jahr sollen wieder 150 Lehrlinge aufgenommen werden, da im Jahre 1966 wegen des neunten Schuljahres keine Jugendlichen die Schule verlassen werden.

#### Halbtagsbeschäftigung

Der Gedanke, durch Einstellung von Halbtagskräften den personellen Engpaß bei der Stadt Wien zu mildern, wurde von der Verwaltung bereits im Jahre 1956 aufgegriffen, und in die Praxis umgesetzt. Beginnend mit der Gruppe des Reinigungspersonals (auch Abteilungshelferinnen) wurden Halbtagsposten geschaffen, wobei hier ein gewisser Erfolg gezeitigt werden konnte. ./.

Der gleiche Versuch wurde in weiterer Folge mit halbtagsbeschäftigten Fürsorgerinnen, Kinderwärtnerinnen, Volksbibliothekaren, Ordinationsgehilfinnen unternommen, wobei dieser Versuch damit geendet hat, daß mangels ausreichender Bewerber ein Großteil der Halbtagsposten wieder in Ganztagsposten umgewandelt werden mußte.

Im Sommer 1963 wurde der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Zulässigkeit der Herabsetzung der Arbeitszeit bestimmter Bundesbeamter weiblichen Geschlechtes von der Verbindungsstelle der Bundesländer versandt. Die Gemeinde Wien hat sich dazu positiv geäußert, wobei allerdings gewisse Bedenken auf Grund des großen Personalmangels in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten angemeldet wurden. Bezüglich des Kanzlei- und Verwaltungspersonals ist zu sagen: Hier könnte die Verkürzung nur bei Dienstposten zugelassen werden, die nicht auf enge Zusammenarbeit aufgebaut sind.

Trotz der bisher geringen Erfolge wollen wir 1965 versuchen, diplomierte Krankenschwestern, die wegen Eheschließung, aus Gründen der Mutterschaft oder aus anderen Gründen aus dem Gemeindedienst ausgeschieden sind, aber auch von außen kommende diplomierte Krankenschwestern halbtags zu beschäftigen.

Um aber wegen der angespannten Situation in den Spitälern eine Abwanderung vollbeschäftigter Krankenschwestern in teilbeschäftigte zu verhindern, müssen wir noch sorgfältig untersuchen, unter welchen Bedingungen wir teilbeschäftigte Schwestern aufnehmen. An entsprechenden Vorschlägen wird derzeit gearbeitet.

Ob und unter welchen Bedingungen eine ähnliche Regelung für Schaffnerinnen bei den Verkehrsbetrieben möglich ist, wird gleichfalls noch geprüft.

#### Fremdarbeiterproblem

Im Zusammenhang mit der Arbeitskräftebeschaffung wurde bereits mehrmals von verschiedenen Stellen gefragt, wie die Stadt Wien zur Frage der Beschäftigung von Fremdarbeitern steht.

Wie aus der Statistik des Sozialministeriums über die Durchführung der zwischen dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft abge-

schlossenen Fremdarbeitervereinbarung 1963 ersichtlich ist, wurde das gesamte Kontingent von 36.860 bei weitem nicht ausgeschöpft, sondern waren im September 1963 14.863 Fremdarbeiter, das sind 40,3 Prozent des Kontingents beschäftigt. Die Ursache, daß nicht das gesamte Kontingent ausgeschöpft wurde, dürfte sein, daß das Lohngefälle zwischen Österreich und anderen westeuropäischen Ländern noch immer groß ist und es daher die Fremdarbeiter in diese Länder zieht.

Bevor die Stadt Wien sich ernst mit der Frage der Beschäftigung von Fremdarbeitern befaßt, müssen wir versuchen, die wenn auch schon sehr geringen Reserven des inländischen Arbeitsmarktes zu erschließen.

#### Automation bei der Stadtverwaltung

Das Rechnungswesen ist bei den Wiener Stadtwerken weitgehend automatisiert. So werden die Rechnungen des Gas- und Stromverbrauches der mehr als einer Million Stromkonsumenten und mehr als 700.000 Gaskonsumenten gemeinsam auf einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage bei den E-Werken erstellt.

Die Verrechnung der Bezüge der mehr als 18.000 Bediensteten und der mehr als 19.000 Pensionsparteien der Wiener Stadtwerke und die gesamte Materialverrechnung sowie eine Anzahl weiterer Arbeiten werden auf der zentralen Datenverarbeitungsanlage mit Magnetbandeinheit durchgeführt. Diese Anlage befindet sich im Gebäude der Direktion der Gaswerke.

Aber auch für die Elektronenanlage der Hoheitsverwaltung ist die Zeit nicht stillgestanden und ihr Aufgabenbereich wurde ständig erweitert.

Schritt für Schritt wurde die Liquidierung von Aktivbezügen vorangetrieben und mit der bargeldlosen Gehaltsauszahlung begonnen.

Auch die Wassergebührenverrechnung für ganz Wien (180.000 Konten) wird durch die Elektronenanlage vorgenommen.

Für die 'Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1964' wurden die erforderlichen Wählerverzeichnisse, Hauskundmachungen und Hausstreifen hergestellt.

Die lochkartenmäßige Verrechnung der Pflegegebühren,

Blutersatz- und Transportkosten, die bisher für das Allgemeine Krankenhaus erfolgt ist, wird seit Mai für das Krankenhaus Lainz und seit Juni für das Wilhelminenspital durchgeführt. Die Voraussetzungen für die Umstellung weiterer Anstalten werden geschaffen.

Die Stadtverwaltung ist ständig bestrebt, organisatorische Verbesserungen durchzuführen. Ein Beispiel sei herausgegriffen: Im Frühjahr dieses Jahres wurde eine Reorganisation bei der Müllabfuhr durchgeführt. Die Belademansschaften umfaßten neun verschiedene Gruppen, die jeweils aus zwei bis sieben Mann bestanden. Nun bestehen diese nur mehr aus drei und sechs Müllauflegern.

#### Werbung

Infolge der Knappheit an Arbeitskräften hat sich ein Konkurrenzkampf um die Arbeitskräfte entwickelt. Verfolgt man den Anzeigenteil der Zeitungen, so merkt man, daß die Inserate für Arbeitskräfte immer größer, auffallender und zahlreicher werden. Dies zwingt auch die Stadtverwaltung Personalwerbung in verstärktem Maße zu betreiben.

Wir begeben uns damit auf ein Gebiet, auf dem wir noch wenig Erfahrung besitzen, da bisher für den Gemeindedienst nur im geringen Umfang Werbungen durchgeführt wurden. Wir haben aber in diesem Jahr bereits einige Werbungen mit gutem Erfolg abgeschlossen.

#### Jugendbetreuung

Neben der Lehrlingsbetreuung im engeren Sinne, wie sie bei den Wiener Stadtwerken schon bisher durchgeführt wurde und jetzt auch für unsere Kanzleilehrlinge erforderlich ist, werden wir einen Jugendbetreuungsplan ausarbeiten, der ab 1965 schrittweise verwirklicht werden soll. Diese Betreuung soll alle Vierzehn- bis Einundzwanzigjährigen erfassen. Das Programm wird voraussichtlich Vorträge aller Art, Exkursionen, Rundfahrten, Großveranstaltungen und Filmvorführungen umfassen.

### Betriebsklima

Eine betrübliche Erscheinung unserer Zeit ist, daß die Kunst des Zusammenlebens in der menschlichen Gesellschaft gegenüber dem übrigen Fortschritt zurückgeblieben ist. Die menschlichen Beziehungen funktionieren nicht so perfekt, wie die mechanischen und bürokratischen Funktionen.

Zusammenarbeit, Verständnis und Vertrauen sind Grundvoraussetzungen eines guten Betriebsklimas. Dieses zu erreichen und zu erhalten, bemühen wir uns. Vieles ist bereits geschehen, manches gibt es noch zu tun. Freundlichkeit, Höflichkeit, Zusammenarbeit, Toleranz müssen vielfach anerzogen werden, sind ein Erziehungsproblem. Oberster Grundsatz einer demokratischen Verwaltung muß daher die sorgsame Pflege echter menschlicher Beziehungen sein. Im Mittelpunkt unserer Handlungen steht der Mensch.

Diesem Umstand Rechnung tragend, hat der Gemeinderatsausschuß I eine Kommission zur Überprüfung der bei der Stadt Wien verwendeten amtlichen Formulare eingesetzt. Diese hat folgende Anregungen, die auf Grund von Erlässen bereits gehandhabt werden, beschlossen: Bei dem in Briefform gehaltenen (formularlosen) Schriftverkehr soll grundsätzlich mit der Anrede 'Sehr geehrte Frau!', 'Sehr geehrter Herr!' begonnen und mit einer Höflichkeitsformel wie 'Hochachtungsvoll' und dergleichen geendet werden. Falls die Unterschrift nicht leserlich sein sollte, soll unter der Unterschrift der Name in Maschinschrift hinzugefügt werden.

Wenn auch infolge der Fülle der Formulare die Kommission nur langsam vorankommt, wird eine gewisse Beschleunigung dadurch eintreten, daß Entwürfe für neue Formulare bzw. für die Neuauflage von Formularen der Kommission zur Begutachtung vorgelegt werden müssen. Bei der Abfassung solcher Entwürfe sollen bereits folgende Grundsätze beachtet werden: Höflichkeit gegenüber den Parteien; Verständlichkeit und Einfachheit der Ausdrucksweise; ähnlich wie im formularlosen Schriftverkehr soll, soweit möglich, eine Anrede gebraucht und mit einer Höflichkeitsformel geendet werden; die Formulare sollen so abgefaßt werden, daß Streichungen sowohl in der Anrede als auch im Text möglichst vermieden werden.

Unsere Bemühungen die Verwaltung zu vermenschlichen, sollen jedoch nicht auf den Schriftverkehr beschränkt bleiben. Auch im persönlichen Kontakt der Bevölkerung mit den Beamten muß Höflichkeit oberstes Gebot sein! Die Bevölkerung hat ein Recht auf höfliche Behandlung und klare, erschöpfende und wahrheitstreue Auskünfte. Wenn es aber dennoch da und dort zu einer schlechten Atmosphäre kommt, sind nicht immer die Beamten schuld. Dem Recht der Bevölkerung auf Höflichkeit etc. steht die Pflicht gegenüber, auch den Beamten als Menschen zu behandeln.

Einen erheblichen Teil des Lebens verbringt der Mensch an seinem Arbeitsplatz. Deshalb hat die Wiener Stadtverwaltung schon vor einigen Jahren damit begonnen, die Büroräume zu verschönern - sie besser und zweckmäßiger einzurichten. Aber auch die Warteräume in den Amtshäusern werden zur Schaffung einer angenehmeren Atmosphäre zwischen der Verwaltung und der Wiener Bevölkerung ständig verbessert.

Abschließend dankte Stadtrat Bock allen Bediensteten der Gemeinde Wien dafür, daß sie ihre Kraft eingesetzt haben, um die Erfordernisse ihres Dienstes zu erfüllen und der Wiener Bevölkerung zu dienen."

- - -

### Debatte über das Personal

=====

14. Dezember (RK) Erster Diskussionsredner ist GR. Maller (KLS). Er stellt fest, daß sich Stadtrat Bock zweifellos bemüht hat, Härten und Ungerechtigkeiten seiner Vorgänger zu korrigieren. Trotzdem hat sich in den großen Problemen der Personalpolitik keine wesentliche Verbesserung ergeben. So sind die Gehälter trotz der vierprozentigen Erhöhung mit 1. August dieses Jahres noch immer weit hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben. Die Gemeindebediensteten, die viel zur Steigerung des Sozialproduktes beigetragen haben, haben nicht den geringsten Anteil an diesem gestiegenen Sozialprodukt erhalten.

Laut Kontrollamtsbericht ist der Stromverkauf seit 1952 um 148.7 Prozent gestiegen, der Gasverbrauch um 115 Prozent und die Zahl der Gasmeßstellen von 128.043 im Jahre 1952 auf 714.418 angewachsen. Der Personalstand beim E-Werk stieg jedoch im gleichen Zeitraum nur um 4 Prozent und verringerte sich bei den Gas-Werken um 23.9 Prozent. Hier zeigt sich also ein krasses Mißverhältnis. Derartige Leistungssteigerungen sind in fast allen Bereichen der Gemeindeverwaltung zu verzeichnen. Die Reorganisation ist also fast ausschließlich auf dem Buckel der Gemeindebediensteten vor sich gegangen.

Da die Gehälter der Gemeindebediensteten noch immer um durchschnittlich 15 bis 20 Prozent hinter den Lebenshaltungskosten zurückgeblieben sind, müßte man sich ehestens um Lösungen für die Nachziehung bemühen. Der Redner schlägt die Erstellung eines Drei- oder Fünf-Jahresplanes vor, nach dem eine jährlich automatische Erhöhung der Bezüge um 5 Prozent erfolgen müßte. Neu auftretende Preissteigerungen müßten separat berücksichtigt werden. Nach Erreichung der Gleichstellung wäre sofort der Indexlohn zu fixieren. In diesen Plan wären auch die Pensionisten, Witwen, Versorgungsgenußbezieher und Waisen einzubeziehen. Nach dieser Lösung müßte endlich ein modernes, den heutigen Verhältnissen entsprechendes Gehaltsrecht geschaffen werden, in welchem die Verantwortung und Leistung der Gemeindebediensteten ihren Niederschlag findet.



Derzeit stehen wir vor der Schaffung eines neuen Pensionsgesetzes. Scheinen in dem Entwurf auch einige Verbesserungen auf, so ist der Witwenversorgungsbezug noch immer mit 50 Prozent festgelegt und die Mindestversorgungsbeträge sowie die Waisenversorgung mit den alten Ansätzen. Der Witwenbezug wäre auf 60 Prozent zu erhöhen, die Mindestversorgungsbeträge auf 1200 Schilling, der Beitrag für die Gattin auf 500 Schilling, der Erziehungsbeitrag pro Kind auf 300 Schilling und analog dazu die Waisenversorgung. Der Hilflosenzuschuß müßte endlich einmal ein Rechtsanspruch werden und Richtsätze mit 500 bzw. 1000 Schilling wären gerechtfertigt.

Ein brennendes Problem ist der Personalmangel. Um ernste Schäden in der Verwaltung und in den Versorgungsbetrieben zu vermeiden, müßte hier ehestens Abhilfe geschaffen werden. Auch die große Zahl der Dienstentsagungen wirkt sich ungünstig aus. Eine Erhöhung der Anfangsbezüge, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Einhaltung der 45-Stunden-Woche und entsprechende Überstundenentgelte für Feiertagsleistungen würden sicherlich einen Anreiz für den Gemeindedienst geben. Die Unterbezahlung führte zum Beispiel auf dem Sektor der Hausarbeiterinnen dazu, daß die Gemeinde Firmen mit der Durchführung dieser Arbeiten betraut. Diesen Firmen muß sie pro beigestellte Arbeitskraft und Stunde einen Lohn bis angeblich 28 Schilling bezahlen. Die Hausarbeiterin selbst soll von der Firma dann 13.50 Schilling pro Stunde erhalten. Ein derartiges Vorgehen sei unverständlich. Würde die Gemeinde selbst bessere Löhne bezahlen, wäre der kostspielige Umweg über fremde Firmen nicht nötig.

Eine weitere Ungerechtigkeit liege darin, daß zum Beispiel Amtsgehilfen Kanzleiarbeiten machen müssen und Hilfsschwestern als qualifizierte Krankenschwestern verwendet werden, trotzdem aber nur nach der niedrigen Gehaltsstufe bezahlt bekommen. Das gelte für viele Dienststellen. Ebenso ungerecht sei es, daß oft, so zum Beispiel im Fürsorgewesen, für ein und dieselbe Dienstleistung verschiedene Entlohnungssätze gelten. Hier müßte dem Prinzip, gleicher Lohn für gleiche Leistung, zum Durchbruch verholfen werden.

./.

Im folgenden richtet GR.Maller an Stadtrat Bock die Bitte, das bestehende Dienstrecht kritisch zu überprüfen. Er bezeichnet dieses Dienstrecht als ein Abhängigkeitsrecht, in dem keinesfalls Qualifikation und Leistung maßgebend sei. Oft habe nur eine Person das Entscheidungsrecht, so daß Diskriminierungen vorkommen. Es müßte daher ein Dienstrecht geschaffen werden, das jedem Bediensteten Rechtssicherheit gewährleistet. Sodann fordert GR.Maller Haushaltszulagen für alle Bediensteten und kritisiert das System, nach dem die Personalzulagen - seiner Meinung nach, in ungerechter Weise - vergeben werden.

Der Redner kommt anschließend auf die Absicht der Gemeindeverwaltung zu sprechen, wonach weitere Autobuslinien in private Hände übergeben werden sollen. Die Gemeindeverwaltung wolle diese Linien wegen Personalmangels aufgeben. Hier erhebe sich die Frage, wieso die Privatfirmen, die die Autobuslinien betreiben sollen, genügend Personal zur Verfügung haben.

GR.Maller unterstreicht sodann die Forderung des Berichterstatters, daß der Amtston höflicher sein sollte. Er will aber diese Forderung nicht nur an die Beamten am Schalter im Parteienverkehr gerichtet sehen, sondern auch an die Vorgesetzten in ihrem Umgang mit den Untergebenen. Zur Illustration erinnert der Redner an einen Fall, der sich Ende November im Gaswerk Simmering zuge tragen hat. Im Zusammenhang mit der Stilllegung der Kohlengaserzeugung habe der Direktor dieses Gaswerkes den Auftrag erteilt, daß ihm bis Freitag, den 28. November, die Vollzugsmeldung über die Stilllegung zu erstatten sei. Anstatt sich mit der Personalvertretung zu beraten, sei hier nur verfügt und Meldung verlangt worden. Das habe mit Höflichkeit nichts zu tun.

Solche Methoden seien ebenso veraltet wie verschiedene Amtsräume, vor allem in den Magistratischen Bezirksämtern, die der Stadt Wien nicht würdig seien. Abschließend teilt GR.Maller mit, daß die KLS-Fraktion den Ansätzen in dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen werde.

Der nächste Redner, GR. Dr. Hirnschall (FPÖ), befaßt sich zunächst mit der Senkung des Personalaufwandes, der im nächsten Jahr 29,4 Prozent der gesamten Ausgaben betragen wird, gegenüber 30 Prozent im Jahr 1964. So erfreulich diese Senkung sei, so unrealistisch sei sie auch, wenn man dabei annimmt, daß die Gehälter im kommenden Jahr auf der gleichen Höhe gehalten werden könnten wie jetzt. Im Budget für 1965 aber rechne man mit den gleichen Bezügen, berücksichtigt sei nur die Nachziehung vom August 1964. Im Voranschlag für 1964 sei wenigstens die erste Nachziehung des laufenden Jahres berücksichtigt gewesen.

Es bestehe nicht die geringste Aussicht, daß die Lebenshaltungskosten im nächsten Jahr stabil bleiben werden. Wir befänden uns ganz im Gegenteil am Vorabend einer Preislawine, die Preise für Milch und Milchprodukte wurden erhöht, der Brotpreis wackelt, die Strompreise sollen erhöht werden usw. Da man es hier mit politischen Preisen zu tun habe, würden sie weitere Erhöhungen nach sich ziehen. Zumindest in diesem Punkt also sei der Voranschlag für 1965 unrealistisch.

Der Redner erinnert in diesem Zusammenhang an eine Resolution der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, in der festgestellt wurde, daß die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nachziehungen fordern werde, sollte das Stabilisierungsprogramm des Gewerkschaftsbundes erfolglos bleiben. Diese Nachziehungen würden auch verlangt werden, wenn keine Bedeckung dafür da sei.

Der Redner bezeichnete es als erfreulich, daß der Dienstpostenstand mit einer Vermehrung um nur sieben Stellen praktisch gleichgeblieben sei. Desgleichen hob er lobend hervor, daß die vom Kontrollamtsbericht aufgezeigten Personal- Ersparungsmöglichkeiten in dem neuen Dienstpostenplan größtenteils bereits berücksichtigt sind. Er bemängelte hingegen, daß die elektronische Datenverarbeitungsanlage noch nicht voll im Einsatz stehe.

Im allgemeinen sei der Personalstand beträchtlich unter dem Soll, was eine ständige Überlastung der Bediensteten mit sich bringe. Der Voranschlag sehe erstmalig zwei Millionen für Personalwerbung vor. Die FPÖ-Fraktion habe schon im Frühjahr angeregt, alle freierwerbenden Dienstposten in Zeitungsannoncen bekanntzumachen. Die vorgesehenen zwei Millionen würden es ermöglichen, diese Anregung im nächsten Jahr zu verwirklichen.

Der Redner ging auch auf die Frage der Bewertung des Krankenschwestern- Dienstes ein. Das Beamtenschema sei hierfür nicht geeignet. Es sei daher ein eigenes Besoldungsschema für Pflegeberufe erforderlich, in das alle Zuschläge eingearbeitet werden müßten, um sie für Ruhegenüsse anrechenbar zu machen. Auf die Dauer werde man den Krankenschwestern das Schema B nicht vorenthalten können, da die Schwesternausbildung mit einer Beamtenmatura durchaus gleichwertig sei. Auch müsse man nicht materielle Faktoren, wie etwa

das Tragen eines Abzeichens für diplomierte Krankenschwestern, das in manchen Bundesländern bereits üblich ist, berücksichtigen.

Vor allem müsse eine gerechte Abgeltung der Überstunden gefordert werden. Die Besoldungsordnung der Stadt Wien sieht ein Mehrdienstleistungs-Entgelt nur bis zu 51 Wochenstunden vor. Die Diensteinteilung mancher Krankenschwestern verpflichte diese jedoch zu einer Arbeitszeit bis zu 63 Wochenstunden. Samt der Bereitschaftsstunden kämen manche auf 80 Wochenstunden. Es sei eine Ungerechtigkeit, die über das Ausmaß von 51 Stunden hinausgehende Arbeit nicht zu bezahlen.

Zum Mangel an Reinigungspersonal in den Spitätern sagte GR. Dr. Hirnschall, daß durch die Angestellten der Firma Comes ein Nebeneinander von verschieden entlohten Bediensteten in den Betrieben entstehe. Dies erzeuge bei den städtischen Arbeitskräften vielfach Unzufriedenheit. Der Redner schlug vor, anstelle des Vertrages mit der Firma Comes, den Bediensteten von Seiten der Stadt Wien ähnliche Bezüge zu gewähren, wie diese Firma sie auszahlt.

Erfreulicherweise konnten sich die medizinisch-technischen Assistentinnen, wie auch die Fürsorgerinnen mit Vollmatura beziehungsweise mit Beamtenmatura die Einstufung in die Verwendungsgruppe B erkämpfen. Es wäre allerdings zweckmäßig, alle Fürsorgerinnen, die die Beamtenmatura positiv abgelegt haben, in das B-Schema aufzunehmen. Darüber hinaus wäre die Gewährung der Zulagen bei den Sonderzahlungen für die nicht in 'B' eingestufteten Fürsorgerinnen durchaus gerechtfertigt.

Während bei den niedrigeren Verwendungsgruppen infolge der minderen Bezüge und der ungünstigen Arbeitszeit schon Nachwuchsschwierigkeiten bestehen, sehen die Akademiker noch ihren beruflichen Aufstieg in Frage gestellt, wenn sie nicht über das richtige Parteibuch verfügen. Dadurch gehen viele fähige Menschen, die für die Stadt Wien und ihre Bewohner wertvolle Arbeit leisten könnten, für diese Berufe verloren. Da hierin auch für das kommende Jahr keine Änderung zu erwarten ist, wird die FPÖ-Fraktion dem zur Debatte stehenden Kapitel die Zustimmung versagen.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP), die sich den Belangen der weiblichen Dienstnehmer der Gemeinde Wien zuwendet, erklärt, daß man dem eklatanten Mangel des Krankenpflegepersonals vor allem durch

eine Neuordnung der Verwaltung innerhalb der Krankenhäuser begegnen müsse. Insbesondere sollte man durch die Schaffung zentraler Einrichtungen das Ausmaß der administrativen Arbeiten der Krankenschwestern beschränken und auch die Wegstrecken, die bei den Krankenschwestern im Tag oft bis zwölf Kilometer ausmachen, verkürzen. Über diese Rationalisierung hinaus wäre eine finanzielle und personalrechtliche Besserstellung dringend erforderlich.

In diesem Zusammenhang bringt die Rednerin einen von ihr und GR. Nora Hiltl gezeichneten Beschluß(Resolutions)antrag ein, in dem für alle Krankenschwestern, die mit Erfolg eine Krankenpflugeschule absolviert haben, die Zuerkennung einer Diplomzulage sowie deren Einrechnung in den Ruhegenuß verlangt wird. Da sich nach den derzeitigen Vorschriften der Unterschied zwischen den diplomierten und den nichtdiplomierten Schwestern nach einer zehnjährigen Dienstzeit auf lediglich 254 Schilling verringert, könnte durch eine solche Maßnahme die hohe Verantwortung der diplomierten Schwestern besondere Anerkennung finden.

Vor allem sollte aber auch bei der Gewährung des Urlaubs die überaus große physische Belastung der Krankenschwestern mehr Berücksichtigung finden. Völlig unverständlich muß ein Ukas erscheinen, der durch eines der größten städtischen Spitäler ging und in dem den Krankenschwestern eingeschärft wurde, für den Urlaub keine Quartierbestellungen vorzunehmen, weil immer erst 14 Tage vor Antritt des eingereichten Urlaubs gesagt werden könne, ob er nach Maßgabe des Dienstes auch tatsächlich möglich sein werde. Offensichtlich wollte sich der Dienstgeber gegenüber den Spesen, die durch die Quartierbestellung für einen dann nicht angetretenen Urlaub erwachsen, klag- und schadlos halten. Ein solcher Ukas sei ein Fehler in der Organisation, aber auch ein Versagen in der Menschenführung! Für die geringe Bedeutung, die der Dienstgeber den Krankenschwestern beimißt, ist auch kennzeichnend, daß im Dienstpostenplan der Stadt Wien bei der Magistratsabteilung 17 seit Jahren wohl der Posten einer Landesoberin vorgesehen ist, bisher aber nicht besetzt wurde.

In einem weiteren Beschluß(Resolutions)antrag setzt sich die Gemeinderätin im Hinblick auf die erzieherische Funktion der Kindergärtnerin dafür ein, daß diesen ähnlich wie den Lehrpersonen eine Bildungszulage gewährt wird.

GR. Weisz (SPÖ) meint, nach den Ausführungen der Vorredner müsse man sich wundern, daß die Gemeindebediensteten überhaupt noch etwas arbeiten, denn bei jeder Kategorie wurde aufgezählt, wie schlecht sie behandelt, wie schlecht sie eingereiht und besoldet ist, kurz lauter Nachteile. Der Redner hält dem entgegen, daß das Jahr 1964 in Wien ein Jahr der Lohnbewegungen für den gesamten öffentlichen Dienst gewesen sei. Der Redner hebt auch besonders die Unterstützung der berechtigten Forderungen der Bediensteten durch die Gemeinde Wien hervor, die sich bei verschiedenen Verbesserungen als Schrittmacher und Wegbereiter erwiesen hat. Neben den Lohnerhöhungen wurden auch Zulagenverbesserungen vorgenommen, Verbesserungen im Urlaubsrecht und auch bei den Ärzten große Fortschritte in der dienstrechtlichen Stellung gemacht.

Sicherlich gibt es eine Reihe von Problemen, die noch offen sind. Aber auch wenn im Budget keine Deckung vorhanden ist, so sei er sicher, daß die Gemeinde Wien ihren Verpflichtungen restlos nachkommen wird.

Der Gewerkschaft bereitet die Entwicklung auf dem Preissektor besonders schwere Sorgen. Es muß unser aller Bestreben sein, jene Stabilität zu erreichen, die das Sinken des Reallohnes verhindert. Sollte jedoch keine Wendung zum Besseren eintreten, wird mit Forderungen auf Erhöhung der Bezüge gerechnet werden müssen.

Der Redner beschäftigt sich auch mit dem Personalmangel und verweist auf ausländische Beispiele. Es ist also nicht so, daß der Personalmangel eine Spezialität der Wiener Gemeindeverwaltung ist. Es handelt sich dabei mehr um eine Frage der Vollbeschäftigung.

Wir begrüßen die Maßnahmen, wie die Einstellung von Kanzleilehrlingen und anderes, die Stadtrat Bock zur Förderung des Nachwuchses getroffen hat. Jedoch haben wir Sorge vor dem Versuch, volle Dienstposten in Teilbeschäftigungen umzuwandeln. Es besteht die Gefahr, daß gerade unter den Krankenschwestern allzu viele diese angenehmere Art des Dienstes anstreben könnten.

Im übrigen hat die soziale Einstellung der Gemeinde Wien verhindert, daß der Personalmangel hier so drückend geworden ist, wie in anderen öffentlichen Diensten.

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten strebt nach einem besseren Gesundheitsschutz und einer umfassenden Unfallversicherung. Die diesbezüglichen unklaren Bestimmungen müssen neu formuliert werden, die Unfallrente muß eine echte Barleistung erbringen und wirksame Rehabilitationsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Das sind wir den Bediensteten schuldig, die bei der Arbeit für die Öffentlichkeit gesundheitlich Schaden genommen haben.

Die Stadt Wien ist als Dienstgeber ferner an einem neuen Personalvertretungsgesetz im höchsten Maße interessiert. Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß alle Voraussetzungen vorhanden wären. Nun müßte ein Bundesgesetz die juristischen Grundlagen für die Personalvertretung im öffentlichen Dienst schaffen. Die Gewerkschaft würde ein solches Gesetz begrüßen, wenn es echte Verbesserungen bringt. Sie werden sich allerdings nicht ihre hart erworbenen Rechte durch ein schlechtes Gesetz schmälern lassen. Vor allem müßte ein solches Gesetz klarstellen, daß die Personalvertretung nicht eine Vereinigung lästiger Bittsteller ist.

Die Personalvertretung der städtischen Bediensteten in Wien hat ein gewisses Maß an Vollkommenheit erreicht und steht als Beispiel für viele andere öffentliche Dienste da. Wenn unserem Wunsche entsprechend, die Gesetzgebung über die Personalvertretung in die Hände der Länder gelegt würde, dann würde Wien ein musterhaftes Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst schaffen, nicht wie das von Niederösterreich oder das von Vorarlberg.

Es wird für die städtischen Bediensteten das Möglichste getan, dafür verlangt die Bevölkerung auch den vollen Einsatz zum Wohle der Stadt. Der Redner schloß, indem er ein Zitat aus der Rede von Bürgermeister Jonas abwandelte und sagte: "Wenn es der Stadt Wien gut geht, wird es auch dem Personal gut gehen".

Der nächste Debattenredner war GR. Dr. Bauer (ÖVP). Er wies einleitend darauf hin, daß die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe das Schicksal von tausenden Menschen darstellen. Den gleichbleibenden Personalstand bezeichnete er als erfreulich. Auch bewiese der veranschlagte Personalaufwand, daß das Sprichwort nicht mehr stimmt, demzufolge ein Beamter nichts habe, aber das sicher. Die ÖVP sei immer für eine sparsame und vorausschauende Personalpolitik, aber auch für eine ordentliche Entlohnung der Bediensteten eingetreten. Die Forderung laute: gerechter Lohn und günstiges Arbeitsklima!

Die Entlohnung der städtischen Bediensteten sei keineswegs so schlecht, wie die Vertreter der kleinen Parteien in diesem Haus es immer behaupten. Der Hinweis von GR. Weisz auf den ÖVP-Abgeordneten Grundemann sei unzutreffend, weil dieser die kleinen Gemeinden im Auge gehabt habe. Viele von der ÖVP verwalteten Gemeinden zeigten ein vorbildliches Besoldungswesen.

Dr. Bauer wies auf die umfangreiche und komplizierte Zulagenordnung hin und empfahl sie Stadtrat Bock zur Lektüre. Er trat dafür ein, daß das Zulagenwesen überhaupt abgeschafft werde, und die Einstufung nach Können, Leistung und Dienstverwendung erfolge. Die meisten Zulagen würden in den Ruhegenuß nicht eingerechnet. Jedoch müßte wenigstens die Verwendungszulage in die Pensionsansprüche einkalkuliert sein. Denn auch für die Bediensteten im Ruhestand müsse man Gehaltspolitik betreiben.

Die Personalpolitik erschöpfe sich nicht in der Frage der Besoldung. Sie sei in Wien zu sehr "bemascherlt". Der Redner forderte in diesem Zusammenhang, die Dienstposten nach den Fähigkeiten und nicht nach der politischen Gesinnung der Bewerber zu besetzen. Es sei ein Fehler, zu meinen, die eine oder die andere Partei wäre ausschließliche Besitzerin des Bundeslandes, in dem sie die Mehrheit besitzt (Zwischenrufe bei der SPÖ). Auf beiden Seiten müßten die Grundsätze einer gesunden Ordnung die üble Parteibüchl-Wirtschaft und die abstoßende Proselytenmacherei ablösen. Beförderungen nach Parteigesichtspunkten seien abzulehnen.

Aus der Verantwortung der Gesamtheit gegenüber lehnt die Volkspartei eine einseitige, nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgerichtete Personalpolitik ab. Aus diesem Grund bringt der Redner einen Beschluß- und Resolutionsantrag seiner Fraktion ein, in dem verlangt wird, daß der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten umgehend Richtlinien für die Ausschreibung freier Dienstposten ausarbeiten läßt, die nicht durch Zeitvorrückung automatisch erreicht werden können und diese Richtlinien dem Gemeinderat vorzulegen. Er beantragt die Zuweisung des Antrages an den Gemeinderatsausschuß für Personalangelegenheiten. Dieser Antrag werde nicht zuletzt deshalb eingebracht, weil seine Fraktion damit ein klares Bekenntnis zu einem freien Beamtentum, einer freien Angestellten- und Arbeiterschaft ablegen will und jedem Wiener, auch dem Nichtsozialisten, möglich sein müßte, diesem Berufs-



stand anzugehören. In dem Antrag finde sich unausgesprochen aber auch eine Würdigung der hohen ethischen Verpflichtungen, die allen städtischen Bediensteten eigen sein sollten. In einer Zeit des Sozialprestiges, des Wohlstandes um jeden Preis, muß der Stand des städtischen Bediensteten nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine echte moralische Aufwertung erfahren. Wenn vor allem auch unsere jüngeren Bediensteten stolz darauf sind, ihre Arbeitskraft unserer geliebten Vaterstadt zur Verfügung stellen zu dürfen, werden sie weniger leicht den Verlockungen einer im Augenblick vielleicht besseren Bezahlung in der Privatwirtschaft erliegen. Wer seinen Arbeitsplatz liebt, wird sich wahrscheinlich auch viel schwerer zu einer Dienstesentsagung entschließen. Als zweckmäßig erachtet der Redner die Schaffung einer Stelle, die sich ausschließlich mit Dienstesentsagungen, eventuell unter Heranziehung eines Psychologen, beschäftigen sollte. Manche würden vielleicht doch noch gehalten werden können. Durch entsprechende Möglichkeiten zur Fortbildung könnten Personalengpässe überwunden werden.

Eine Betrachtung der Dienstposten innerhalb der Hoheitsverwaltung zeigt eine gewisse stiefmütterliche Behandlung der Magistratischen Bezirksämter und der Stadtbauamtsabteilungen auf dem Gebiet der leitenden Posten. Es mußte hier für bessere Aufstiegsmöglichkeiten gesorgt werden.

Leider wurde dem Verlangen, die Dienstbeschreibungen den betroffenen Bediensteten zugänglich zu machen, nicht Rechnung getragen.

Die Bemühungen, die Verwaltung der Stadt zu rationalisieren, könnten durch die Heranziehung großer Institute beschleunigt werden. Große Unternehmen ziehen in aller Welt immer wieder Büro- und Betriebsberater bei, um ein Optimum bei der Organisation ihrer Betriebsstruktur zu erzielen.

Abschließend stellt GR. Dr. Bauer fest, daß er sich über den Dank des Stadtrates hinaus im Namen seiner Fraktion verpflichtet fühle, den städtischen Bediensteten den Dank und die Wertschätzung der Österreichischen Volkspartei auszusprechen. Den Ansätzen des Hauptstückes I werde seine Fraktion zustimmen.

GR. Maller (KLS) erklärt, zu den Ausführungen des GR. Weisz einige sachliche Feststellungen machen zu müssen. So hat dieser behauptet, daß von einem Pensionsgesetz 1965 keine Rede sei. Anscheinend dürfte ihm nicht bekannt sein, daß es sich um ein Bundesgesetz handelt, dessen Entwurf bereits der Arbeiterkammer übermittelt wurde. Nach Beschlußfassung im Parlament wird es Aufgabe der Länder sein, ihre diesbezüglichen Beschlüsse auf Landesebene zu fassen.

Von GR. Weisz wurde ihm auch vorgeworfen, daß er viel über den Personalmangel gesprochen hat, jedoch nicht auf Möglichkeiten für seine Beseitigung hingewiesen hat. Diese Möglichkeiten wurden aufgezeigt, und zwar durch die Forderung auf Schaffung des erwähnten Drei- oder Fünfjahresplanes mit einer automatischen jährlich Lohnerhöhung um fünf Prozent und Berücksichtigung gleichzeitig erfolgender Preissteigerungen, bessere Bezahlung von Sonn- und Feiertagsarbeiten durch eine 200prozentige Honorierung usw.

Wenn die gemachten Vorschläge dem Kollegen Weisz vielleicht nicht genehm sind, so sollte das trotzdem nicht dazu verleiten, zu sagen, daß keine Vorschläge gemacht wurden.

Stadtrat Bock stellt im Schlußwort mit Befriedigung fest, daß bis auf ein Problem sachlich diskutiert wurde. Gerade in Personalangelegenheiten sei eine Diskussion sehr nötig und Demagogie nicht am Platz, denn nur in gemeinsamer Arbeit werden schwierige Probleme gelöst werden können. Die Schwierigkeit bei der Lösung von Einzelproblemen liegt aber darin, daß Einzellösungen eine Welle von neuen Problemen aufwerfen.

Gemeinderat Dr. Bauer sei es in seinen Ausführungen nicht ganz gelungen, Personalprobleme allgemein zu behandeln, er hat auch Einzelfälle herausgegriffen und versucht, gewisse Beförderungen der letzten Zeit als politisch darzustellen, obwohl sie keinesfalls politisch erledigt wurden. Auch GR. Dr. Hirnschall hat von Glanzing, der Semmelweiß-Klinik usw. gesprochen. Bei der Amtseinführung von Dr. Rosenkranz hat jedoch Prof. Dr. Kundratitz, der der Lehrer von Dr. Rosenkranz war, darauf hingewiesen, daß die Stadt Wien mit dieser Wahl die beste getroffen hat. Was hat das also mit Politik zu tun? Kann denn ein Sozialist kein Fachmann sein?

Wenn ein Sozialist befördert wird, dann sagen Sie, das ist ein politischer Fall, wenn ein anderer Bediensteter befördert wird, dann heißt es, das war ein Fachmann.

Grundsätzlich soll hier festgestellt werden, daß jeder einzelne **Vorschlag** und jede Anregung berücksichtigt werden. Eine Reihe von Fragen aber, die hier angeschnitten wurden, wird schon seit längerer Zeit behandelt, so zum Beispiel das Feiertags-Problem für die Bediensteten der Straßenbahn. Wenn alles gut geht, könnten schon in nächster Zukunft Abschlüsse auf diesem Gebiet getroffen werden.

Zur Gehaltsfrage wäre festzustellen, daß man hier auch vom Bund abhängig ist. Bezüglich der Nebengebühren: Wie kann man etwas abbauen, wenn ständig Neues gefordert wird? (Zwischenrufe aus den ÖVP-Bänken: "Vereinheitlichung! Vereinfachung!") Natürlich bin auch ich für eine Vereinheitlichung, man muß aber stets bedenken, daß auch dabei immer wieder neue Härten entstehen.

Dienstentsagungen hat es auch früher gegeben, sogar in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Viele Leute wollen ihren Posten wechseln, viele werden auch abgeworben, zum Beispiel auch seitens Dienststellen des Bundes. Andererseits ist es bekannt, daß auch Bedienstete des Bundes und der Länder bemüht sind, bei der Gemeinde Wien aufgenommen zu werden, weil sie wissen, daß sie hier oft schneller vorwärtskommen als anderswo. Man kann es niemandem verwehren, seine Arbeitskraft dort zu verkaufen, wo er will.

Rückreihungen werden stets mit Zustimmung der Personalvertreter durchgeführt, außerdem gibt es da nur sehr wenige Fälle.

Zum Comes-Problem: Ich hoffe, daß das nur eine Episode ist und nur als Übergangsmethode angewendet werden kann. Unsere Bemühungen gehen dahin, daß die Reinigung unserer Spitäler von Reinigungsanstalten übernommen wird. Derzeit sind Verhandlungen mit Reinigungsfirmen im Gang. Wie man hört, haben aber auch diese Firmen große Personalsorgen. Die Frage, wieso eigentlich die Firma Comes genügend Personal zu haben scheint, muß dahingehend beantwortet werden, daß dort Personal eingestellt wird, das wir auf Grund unserer Dienstordnung niemals aufnehmen könnten.

Es sind vielfach Tagelöhner, die nur vorübergehend arbeiten wollen, manchmal aber sind es auch Leute, die in der Gesellschaft gestrauchelt sind und deren Vorleben eine Anstellung bei der Gemeinde Wien unmöglich machen würde. Es ist richtig, daß diese Leute etwas mehr bezahlt bekommen als unsere Bediensteten. Dabei muß man aber bedenken, daß ihnen keine Privilegien zustehen, wie sie die Bediensteten der Stadt Wien sehr wohl haben, so zum Beispiel billigeres Essen, Urlaubsgeld, 13. und 14. Gehalt, Dienstkleidung usw. Die Comes-Leute haben auch schon des öfteren die Forderung nach Gewährung dieser Privilegien gestellt; es ist klar, daß diese Forderungen abgelehnt werden mußten. Wie man sieht, kann man diese Dinge also nicht miteinander vergleichen. Unseren Spitalern fehlen etwa 400 Leute beim Hauspersonal. Von der Firma Comes haben wir hier rund 300 eingestellt. Wenn wir dieses Personal zurückziehen müßten, wie könnten wir dann unsere Spitäler weiter betreiben?

Das Problem des Personalmangels kann keineswegs allein von der Lohnseite her gelöst werden. Personalmangel gibt es überall, auch bei allen privaten Dienstleistungen, obwohl man bei den privaten Firmen oft viel verdienen kann. Aber auch das Ausland kennt dieses brennende Problem zur Genüge. In den Schweizer Spitalern zum Beispiel sind 29 Prozent des Personals Fremdarbeiter. Trotz der hohen Löhne, die in der Schweiz bezahlt werden, kann man also kein Personal im Inland selbst auftreiben. In Zürich und in Winterthur mußten je ein Spital wegen Personalmangels gesperrt werden, auch in Deutschland, England und anderen Ländern mußte man Spitalsabteilungen schließen.

Ausgestaltung der Amtsräume in den Magistratischen Bezirksämtern: Wir sind dabei, diese Räume überall zu verbessern und zu verschönern. Aber auch hier muß man bedenken, daß diese Arbeiten eine Unmenge Geld kosten, und wie schwierig es ist, Arbeitskräfte zu bekommen.

Wenn hier kritisiert wurde, daß im Voranschlag keine Vorsorge für mögliche Gehaltserhöhungen im kommenden Jahr getroffen wurde, so muß man fragen: Wer weiß schon von vornherein, welche Forderungen im nächsten Jahr gestellt werden? Wer weiß schon jetzt, was das Jahr 1965 bringen wird? Betont werden muß, daß sich die Stadt Wien ihren Verpflichtungen auf diesem Gebiet niemals entzogen hat!

In erster Linie aber ist jetzt eine Stabilisierung wichtig und notwendig.

Werbung von Personal durch die Presse und Postenausschreibung sind zwei verschiedene Dinge. Wir sind dabei, die Frage zu untersuchen, ob Nachwuchskräfte in Form von Ausschreibungen angeworben werden können. Postenausschreibungen im öffentlichen Dienst aber sind sehr kompliziert und an die Dienstordnung gebunden. Nicht überall im öffentlichen Dienst kann diese Methode angewandt werden, wenn man nicht gegen die Dienstordnung oder sogar gegen die Verfassung verstoßen will.

Die Stadt Wien kann nicht von sich aus ein eigenes Gehaltsschema für Krankenschwestern einführen. Dies kann nur in Zusammenarbeit mit anderen Stellen geschehen. Abgesehen davon, sind unsere Krankenschwestern gar nicht schlecht bezahlt, und es ist zu begrüßen, daß Stadtrat Dr. Glück kürzlich im Fernsehen das gesamte Problem sehr offen aufgezeigt und dabei ebenfalls gesagt hat, daß man es nicht allein von der Gehaltsseite her betrachten kann.

Einen Ukas, betreffend den Urlaub in Spitälern, kenne der Stadtrat nicht; er könnte höchstens - fügt er hinzu - durch das Büro des Herrn Stadtrates Dr. Glück ergangen sein. (Allgemeine Heiterkeit.) Bei allen Schwierigkeiten, die sich bei der Urlaubseinteilung ergeben, müsse man den Dienstnehmern die Möglichkeit lassen, rechtzeitig alle Vorbereitungen zu treffen.

Die Gemeinde Wien beabsichtigt, an alle diplomierten Krankenschwestern, die schon in ihrem Dienst standen und dienstent sagt haben, heranzutreten, um einmal festzustellen, wie weit bei ihnen Bereitschaft für einen Kurzdienst gegeben ist.

In der Frage der Einsichtnahme in die Dienstbeschreibung gibt es viele Für und Wider. Stadtrat Bock vertritt den Standpunkt, daß derjenige, der seinen "Untergebenen" schlecht beschreibt, auch den Mut haben müsse, dazu zu stehen. Vor allem aber müßte der Vorgesetzte seine Aufgabe darin sehen, bevor er eine schlechte Beschreibung gibt, den Betreffenden zu mahnen, und ihm so Gelegenheit schaffen, seine Fehler auszumerzen. Im übrigen gebe es eine solche Einsichtnahme in die Dienstbeschreibung nirgends. Die Gemeinde Wien sei jedoch nicht abgeneigt, die Einsicht zu gewähren, wenn sich dazu auch die anderen Gebietskörperschaften bereitfinden würden.

Bei der folgenden Abstimmung, die der Vorsitzende GR. Marek vornimmt, werden die Ansätze des Hauptstückes Personalangelegenheiten mit den Stimmen der Gemeinderäte der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Die drei von der ÖVP eingebrachten Anträge werden einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:Wiener Kulturleben

=====

14. Dezember (RK) Als zweite Verwaltungsgruppe am heutigen zweiten Tag der Budgetberatungen wurde die Gruppe III (Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung) behandelt. Vizobürgermeister Mandl (SPÖ) referierte:

"Ich freue mich, feststellen zu dürfen, daß die ~~Ziffern~~ des Ansatzes 1965 wieder erhöht werden konnten. Sie betragen 490,157.600 Schilling, liegen also um 46,536.200 Schilling höher als die des Jahres 1964. Das ist eine Steigerung um 10,5 Prozent.

Von diesem Ansatz entfallen auf den Sektor 'Kulturförderung und Sport' 153,782.000 Schilling und auf die 'Schulverwaltung' 336,375.300 Schilling.

Sie sehen schon aus diesen beiden Zahlen, daß sich in den letzten beiden Jahren das Schwergewicht unserer Arbeit auf das Gebiet der Schulverwaltung verlagert hat, weil uns unter anderem durch die gesetzlich bestimmte Einführung des neunten Schuljahres - oder wie es in der Terminologie der Schulgesetze richtig heißt, des polytechnischen Jahres - große Aufgaben erwachsen.

Vorbereitungen für das neunte Schuljahr

Wir haben nun den Ehrgeiz - wie auch im Wahlprogramm versprochen -, unsere Vorbereitungen so zu treffen, daß in Wien das polytechnische Jahr zeitgerecht, also mit dem Schuljahr 1966/67 wirksam wird. Da wir über Wunsch und im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat für Wien das polytechnische Jahr an eigens dafür bestimmten Gebäuden und an den drei großen Zentralberufsschulen absolvieren lassen wollen, erwachsen der Schulverwaltung, aber auch dem Bauamt, außerordentlich große Belastungen.

Nach unseren Berechnungen werden für das neunte Schuljahr 150 bis 160 Klassen notwendig sein, für deren Unterbringung Vor-sorge getroffen werden muß. Nach unseren Plänen werden folgende Schulgebäude dafür zur Verfügung stehen:

Polytechnische Schulen

Wien 2, Wolfgang Schmälzl-Gasse 13 (für den 1. und 2. Bezirk), 2, Pazmanitengasse 26 (1. und 2. Bezirk), 3, Hainburger Straße 40 (3. und 11. Bezirk), 6, Mollardgasse 37 (4., 5., 6., 7., 8., 12. und 15. Bezirk), 9, Galileigasse 3 (9., 17., 18. und 19. Bezirk)

10, Erlachgasse 91 (10. Bezirk), 10, Pernerstorfergasse 30-32 (10. Bezirk), 12, Malfattigasse (4. und 12. Bezirk), 14, Meiselstraße 47 (13. und 14. Bezirk), 15, Hütteldorfer Straße 7-17 (5., 6., 7., 8. und 15. Bezirk), 16, Lorenz Mandl-Gasse 56 (16. und 17. Bezirk), 16, Roterdstraße 1 (16. und 17. Bezirk), 18, Schopenhauerstraße 79 (9., 17., 18. und 19. Bezirk), 20, Vorgartenstraße 95 (20. Bezirk), 21, Leopold Ferstl-Gasse 9 (21. Bezirk), 22, Wagramer Straße, Neubau (22. Bezirk), 23, Anton Baumgartner Straße, Neubau (23. Bezirk).

Manche dieser Schulhäuser müssen noch einer Überholung unterzogen, die Gebäude 3, Hainburger Straße, 20, Vorgartenstraße, und 21, Leopold Ferstl-Gasse, generalrenoviert werden. Allerdings kann die Renovierung der Schule 21, Ferstlgasse, erst in Angriff genommen werden, wenn die beiden Neubauten 21, Dunantgasse, und 21, Prießnitzgasse, fertiggestellt sind. Ebenso sind die beiden Schulen 22, Wagramer Straße, und 23, Anton Baumgartner-Straße, Neubauten.

Es bedarf also aller Anstrengung, um zum geplanten Zeitpunkt fertig zu werden. Es stehen uns neue Baumethoden zur Verfügung, nämlich die verschiedenen Montagebauweisen, deren Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren mehrfach erprobt werden konnte. Es war durch Anwendung dieser modernen Bauverfahren möglich, zehnklassige Schulhäuser, die allen Anforderungen entsprechen, in einer Bauzeit von fünf Monaten zu errichten.

#### Abschluß des Generalrenovierungsprogramms

Wir haben unser Schul-Generalrenovierungsprogramm in großen Zügen abgeschlossen. Einige Schulgebäude sind noch in Arbeit, bei einem kleinen Rest ist eine Renovierung wegen des Bauzustandes nicht mehr zu vertreten. Diese Schulgebäude müssen durch Neubauten ersetzt werden. Allein in diesem Jahr wurden 19 generalrenovierte Schulgebäude in Verwendung genommen, elf sind in Arbeit.

Im Jahre 1964 konnten auch fünf Schulneubauten mit insgesamt 44 Klassen ihrer Bestimmung übergeben werden. Derzeit befinden sich noch vier Schulen im Bau, die im Jahr 1965 ihrer Bestimmung übergeben werden (11, Enkplatz, 19, In der Krim, 21, Roda-Roda-Gasse, 12, Malfattigasse).



### Schulneubauten

Für folgende Schulneubauten mit insgesamt 84 Klassen wurden die Sachkredite in Höhe von 160,100.000 Schilling bereits genehmigt: 8, Pfeilgasse; 21, Dunantgasse; 21, Prießnitzgasse; 22, Düsseldorfstraße; 22, Wagramer Straße; 23, Altmannsdorfer Straße (II. Bauteil).

Die Planung folgender Schulneubauten mit insgesamt 40 Klassen ist abgeschlossen, die Sachkreditträge (67,400.000 Schilling) bereits gestellt: 10, Eisenstadtplatz; 10, Migerkastraße; 23, Mangasse.

Die im Jahr 1964 fertiggestellten Schulen, die im Bau befindlichen und bereits genehmigten bzw. beantragten insgesamt 17 Schulneubauten beinhalten 214 Klassenräume und erfordern einen Aufwand von mehr als 463 Millionen Schilling. Die Gründe für diese in den letzten Jahren so stark forcierten Arbeiten auf dem Gebiet des Schulbaues sind vor allem: 1. die Wohnbautätigkeit der Gemeindeverwaltung, die zur Errichtung neuer Wohnviertel führte, so in Kagran, Eisenstadtplatz, Wienerfeld, Altmannsdorf, Strebersdorf usw.); 2. die erfreuliche Entwicklung der Geburtenziffern; und 3. die Einführung des neunten Schuljahres.

Die Schülerzahlen in Wien stiegen von 87.570 im Jahr 1959/60 (39.596 Volksschüler, 6.899 Sonderschüler und 41.075 Hauptschüler) auf 77.610 im Jahr 1964/65 (46.015 Volksschüler, 6.192 Sonderschüler und 25.403 Hauptschüler). Für das Schuljahr 1969/70 werden 102.000 Schüler erwartet (63.000 Volksschüler, 7.000 Sonderschüler und 32.000 Hauptschüler).

### Berufs- und Fachschulen

Die Berufsschulen haben einen Schülerstand von 32.957 Schüler, die sinkende Tendenz hält also weiter an. Im kommenden Jahre werden die Schulen des Textilgewerbes im neuen 3. Zentralberufsschulgebäude konzentriert und damit die Neuordnung auf dem Gebiete der gewerblichen Berufsschulen abgeschlossen.

Unsere Fachschulen für gewerbliche und hauswirtschaftliche Frauenberufe und die Vorschule für soziale Frauenberufe zeigen eine gute Entwicklung. Die Fachschule für Damenkleidermacher Sperrgasse wird im kommenden Schuljahr ebenfalls in das neue Berufsschulgebäude übersiedeln und ihr jetziges Haus der Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt zur Verfügung stellen.

Die Modeschule der Stadt Wien, die derzeit 235 Schülerinnen zählt, hat auch in diesem Jahr wieder an einer Reihe von Wettbewerben erfolgreich teilgenommen und unter anderem beim 'Recontre der jungen Mode' in St. Gallen zum zweiten Male den ersten Preis errungen.

Auch das Pädagogische Institut und die pädagogische Zentralbücherei sind gut besucht, die Zahl der inskribierten Hörer hat sich gegenüber dem Sommersemester 1964 um 486 auf 1.968 erhöht; sie haben 4.750 Vorlesungen belegt.

Die Landesbildstelle Wien und Burgenland hat sich in ihrem neuen Heim in der Zieglergasse eingelebt. Sie hat 2.300 Schulprojektionsgeräte zu betreuen und rund 71.000 Entlehnungen von Filmen, Diareihen, Projektionsgeräten usw. durchgeführt.

#### Bibliothek, Archiv und Museum

Die Stadtbibliothek konnte im abgelaufenen Jahr ihre Bestände wesentlich vermehren. Autographen im Werte von rund 22.000 Schilling konnten erworben werden, und es gelang vor allem fast, den gesamten künstlerischen Nachlaß Julius Bittners um den Betrag von rund 121.000 Schilling der Stadtbibliothek zu sichern.

Die Leserzahl hält jetzt bei rund 26.000 im Jahre 1964, das sind 86 im Tag. Wir haben die Absicht, den Benützerraum der Stadtbibliothek im nächsten Jahr einer gründlichen Renovierung zu unterziehen. Das Archiv der Stadt Wien zeigt gegenwärtig unter dem Titel "Archivalien aus acht Jahrhunderten" im Historischen Museum auf dem Karlsplatz eine Auswahl aus seinen Beständen. Das Archiv betreut 10.978 Urkunden, 48.267 Faszikel und Akten sowie 40.000 Bände Buchhandschriften.

Das Museum der Stadt Wien hatte im abgelaufenen Jahr eine rege Tätigkeit zu verzeichnen. Neben interessanten Ausstellungen, wie der Schau 'Bilder, die man nicht immer sieht' und der Festwochenausstellung 'Wien um 1900', sind vor allem die Einrichtungen des Pratermuseums im Gebäude des Planetariums, die Instandsetzung der Gedenkräume in der Wertheimsteinvilla und vor allem die Restaurierung des weltberühmten Uhrenmuseums zu erwähnen.

Denkmalschutz und Stadtbildpflege

Nun ein paar Worte über den Denkmalschutz und die Stadtbildpflege. Die Mängel unseres Denkmalschutzgesetzes sind bekannt. Es werden Objekte unter Schutz gestellt, sie dürfen nicht verändert werden, aber keine Bestimmung des Gesetzes sagt, wer die Kosten der Erhaltung solcher Objekte zu tragen hat. Die Folgen kennen wir alle, die historisch wertvollen Häuser verfallen und alte Stadtviertel verlieren ihr Gesicht.

Es ist nun interessant, daß die Verwaltungen fast aller Städte Europas in den letzten Jahrzehnten große Anstrengungen machen, ihre Altstädte zu erhalten und zu sanieren. Die Methoden, die dabei angewandt werden, sind verschieden.

Wir haben im Viertel Blutgasse-Singerstraße-Grünangergasse und Domgasse einen Weg zu gehen versucht, der sich bewährt hat. Die Assanierung dieses Gebietes wird in nächster Zeit abgeschlossen. Ich glaube, wir sollten den Mut haben, den gelungenen Versuch fortzusetzen, um die wenigen, noch erhaltenen alten Bereiche unserer Stadt für die Zukunft zu retten.

Nach langwierigen Beratungen und Verhandlungen ist es gelungen, mit der 'Altfassaden-Aktion' einen weiteren Schritt zu tun. Wenn sich aus irgendwelchen Gründen die Notwendigkeit erweist, daß die Fassade eines Hauses erneuert werden muß, so hat der Besitzer des Gebäudes nach § 7 des Mietengesetzes die Möglichkeit, die Kosten auf die Mieter umzulegen. Allerdings werden nur die Kosten der einfachsten Fassadengestaltung bewilligt. Was geschieht nun in den meisten Fällen? Kunsthistorisch wertvolle Fassaden werden abgeschlagen; in glatter, einfachster Form neugestaltet und wieder ist ein Stück Altstadt-Antlitz verloren.

Hier will die 'Altfassaden-Aktion', die im Zusammenwirken mit dem Bundesdenkmalamt entstanden ist, helfen. Der Differenzbetrag zwischen der § 7-Fassade und den Kosten der Wiederherstellung der Altfassade wird von der Stadt Wien unter Mitwirkung des Bundesdenkmalamtes getragen. Neu ist an der Aktion noch, daß sie einigermaßen geschlossene Altstadtviertel erfassen will, wie wir sie in Wien zum Unterschied von anderen Großstädten Europas zum Glück noch haben. Diese Viertel können, je nach ihrem Aussehen, ein Schmuck der Stadt, eine wirkliche Sehenswürdigkeit oder aber auch ein Schandfleck sein.

Das Bundesdenkmalamt hat sich bereit erklärt, für 1965 einen Betrag von 250.000 Schilling für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, die Stadt Wien hat den doppelten Betrag für diese Aktion, also 500.000 Schilling, ins Budget 1965 aufgenommen, sodaß nur für dieses Vorhaben 750.000 Schilling zur Verfügung stehen. Die Aktion soll fortgesetzt werden.

Noch ein Wort an unsere Ingenieure in allen Abteilungen des Magistrates, die den technischen Erfordernissen einer modernen Großstadt ihre Dienste leihen: Bitte, schonen auch Sie das Bild unserer Stadt, deren wunderbare Bauwerke und Plätze und deren alte lauschige Gassen von tausenden Fremden besucht und bestaunt werden.

Den 'Superdenkmalpflegern' aber, die jeden alten Stein erhalten wollen, denen selbst das Bundesdenkmalamt zu wenig streng und die Stadt Wien ein Muster an Verständnislosigkeit ist, möchte ich sagen: Es kann jedes Menschen Wille sein, in einem Museumsraum zu wohnen, aber eine Stadtverwaltung kann und darf ihre Stadt nicht zu einem Museum machen. Dann nämlich wäre Wien wirklich eine sterbende Stadt. Man muß auch in der Denkmalpflege Kompromisse schließen können.

#### Aufgaben kommunaler Kulturpolitik

Ich bin der Auffassung, daß ein Kulturamt, gerade auch ein solches im Stadtbereich, nicht nur als Geldverteiler angesehen werden darf, sondern daß von ihm auch Impulse ausgehen müssen, die das gesamte kulturelle Leben der Gemeinschaft befruchten.

Wir müssen uns, so glaube ich weiter, bemühen, jene Schichten anzusprechen, denen noch bis vor kurzem die Schönheiten des Lebens verschlossen waren, müssen ihnen Ansporn und Mut geben, sich auch jene Bereiche zugänglich zu machen, die vielen bisher verschlossen, fremd oder ungewohnt gewesen sind.

Wir müssen allen unseren arbeitenden Menschen helfen, die noch vielfach vorhandene 'Platzangst im kulturellen Bereich' zu überwinden, eine Scheu, die in Jahrhunderten der großen Masse unserer Bevölkerung anerkannt wurde, weil eben Kultur noch bis vor wenigen Jahrzehnten nur für eine kleine Oberschicht von Intellektuellen dagewesen ist und die auch heute noch vielfach gerne unter sich sein möchte.

Hier muß, so glaube ich, eine sehr wirksame Kulturpolitik einsetzen, die sich nicht allein in subsidiären Maßnahmen erschöpfen kann. Und sie muß auf breitester Basis alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens umschließen. Wenn Herkunft, Vererbung, Erziehung und Milieu die Stellung des Einzelmenschen in der Gesellschaft bestimmen, so bietet doch gerade die Wandelbarkeit des Milieus, in materiellem und geistigem Sinne gemeint, eine der besten Voraussetzungen für eine wirksame Kulturpolitik.

Schließlich müssen wir unserer Jugend helfen, hineinzuwachsen in jene reiche Welt, die ihr offen steht, und sie abschirmen gegen das, was lockend und verführerisch eine seichte Vergnügungsindustrie in überreichem Maße anzubieten hat.

Diese dreifache Zielsetzung ist es, was ich immer als meine und meiner Mitarbeiter Aufgabe angesehen habe: Erhalten des Wertvollen aus der Vergangenheit, Pflege alles dessen, was an geistigen Strömungen die Gegenwart erfüllt, und Reifmachen der Jugend für ihre Aufgaben in der Zukunft. Ich glaube, daß diese zielstrebige Arbeit in unserer Stadt auch sichtbar und wirksam geworden ist, wenngleich wir mit dem bisher Erreichten noch lange nicht zufrieden sein dürfen.

Wissenschaft, Volksbildung und Kunst bedürfen in ihrer vielschichtigen Einwirkung auf unser tägliches Leben größter Aufmerksamkeit. Alle drei Bereiche müssen in unserer Stadt ausreichende und wirkungsvolle Förderung finden, wollen wir einer allgemeinen Entwicklung nachkommen und das hohe kulturelle Ansehen der Bundeshauptstadt erhalten. Konjunktur und Wohlstandsgesellschaft bringen viele Schattenseiten und manche Gefahr im geistig-ethischen Felde; mehr denn je verlangt unsere Zeit den kritischen, urteilsfähigen, den gebildeten Menschen, der allein sich den negativen Auswirkungen einer Wohlstandsgesellschaft, der Versuchung einer völligen Passivität und Gleichgültigkeit gegenüber widerstandsfähig zeigt. Immer wieder müssen wir aufzeigen, daß es eine Demokratie der Ungebildeten nicht gibt. Unser Bekenntnis zur demokratischen Staatsform und Lebenshaltung ist daher auch ein Bekenntnis zur Kultur und Bildung.

### Förderung der Wissenschaft

Wir haben im Budget 1965 rund eine Million für die Förderung von wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung, darunter für den Notring wissenschaftlicher Verbände Österreichs, die Akademie der Wissenschaften, die Biologische Station Wilhelminenberg, die Internationale Stiftung Mozarteum, das Institut für Wissenschaft und Kunst u.a.m.

Daneben vergibt die Stadt jährlich 20 Förderungs- und Würdigungspreise, unterstützt wissenschaftliche Forschungen, vergibt Stipendien und Stiftungsplätze und baut immer mehr das System ihrer Wissenschaftsförderung aus.

Für besonders wesentliche Probleme der Kommunalpolitik werden auch eigene Forschungsaufträge erteilt, um notwendig erscheinende Unterlagen zu erhalten. In zahlreichen wissenschaftlichen Vereinigungen leistet die Stadt Wien über sogenannte Mitgliedsbeiträge zusätzliche Hilfe und Erleichterung.

Der Stipendienfonds der Stadt Wien, der mit 3,5 Millionen Schilling dotiert ist, wurde mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 31. Juli 1964 umgebaut und der durch das Studienbeihilfegesetz 1963 geschaffenen Lage angepaßt. Auch er trägt wesentlich dazu bei, die Basis der Pyramide wissenschaftlichen Studiums zu verbreitern und sicherzustellen, nimmt er sich doch jetzt besonders des Mittelschulstudiums und des zweiten Bildungsweges an.

In dieser vor uns liegenden Arbeitsperiode soll auch das Studentenheim in Döbling auf den in der ursprünglichen Planung vorgesehenen Fassungsraum für 728 Studenten ausgebaut werden, sodaß dann für Studierende aus dem Ausland und den Bundesländern 728 Zimmer zur Verfügung stehen werden. Für Planungsarbeiten sind schon im Budget 1965 500.000 Schilling vorgesehen.

### Die Wiener Volksbildung

Die Wiener Volksbildung erfreut sich auch im kommenden Jahr der großzügigen Förderung der Stadtverwaltung, ohne die sie ihre so wichtige Aufgabe überhaupt nicht erfüllen könnte.

2,810.000 Schilling sind an Subventionsbeträgen für das Jahr 1965 vorgesehen, das ist um rund eine Viertel Million Schilling mehr als 1964. Das Neubauprogramm der Stadt für die Wiener Volksbildung ist fast abgeschlossen. In diesem Jahr konnten die neuer-./.

bauten Volksheime Kaisermühlen und Siemensstraße sowie die generalrenovierten Häuser 9, Galileigasse 8, 20, Raffaelgasse 13 und 19, Hutweidengasse ihrer Bestimmung übergeben werden. Im Bau und vor der Fertigstellung stehen die Volksheime Alt-Ottakring und Altmannsdorf, die im Frühjahr 1965 fertig werden. Offen sind dann noch die Probleme der Volkshochschulen 5, Margareten, und Wien-West, deren Gebäude nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechen.

In Floridsdorf entsteht auf Anregung des Herrn Bürgermeisters ein großes "Haus der Begegnung", das auch der lokalen Volkshochschule und Musikschule ausreichend geeignete Räumlichkeiten bieten wird. Die Planungen sind im Gange.

In der Großsiedlung Kagran wird ein Bezirkszentrum gebaut, das auch ein Volksheim enthalten soll. Der Wettbewerb wurde vor kurzem abgeschlossen. Mit dem Raumsanierungsprogramm zugunsten der Wiener Volksbildung hat Wien internationales Ansehen erworben und der Erwachsenenbildung in unserer Stadt eine echte Chance für ihr Wirken gegeben.

Abschließend noch ein offenes Wort zur derzeitigen Situation der Wiener- vielleicht der gesamten - Volksbildung: Die Ziffern, die in den Jahresberichten gegeben werden, sind durchaus respektabel und es ist sicher eine große Leistung, die von unseren Volksbildnern vollbracht wird. Bei näherer Durchleuchtung des Besuches der Kurse und des Programmes scheint es aber, als würde die Volksbildung in manchen Bereichen an den Forderungen der Zeit vorübergehen. Es erscheint mir notwendig, in einer wissenschaftlichen Untersuchung die Situation in den einzelnen Zweigen der Wiener Volksbildung zu untersuchen, die Aufgabenstellung abzuklären und aus den Erkenntnissen die Konsequenzen zu ziehen. Das soll in nächster Zeit geschehen, und wir wollen mit dem Bau neuer Volksbildungseinrichtungen etwas zuwarten, bis uns die aus den Untersuchungen gewonnenen Erkenntnisse vorliegen.

Ein organischer Teil der Erwachsenenbildung ist auch die außerschulische Betreuung unserer Jugend. Das Landesjugendreferat hat sich auf diesem Gebiete **außerordentliche** Verdienste erworben.

Neben der Durchführung der verschiedenen Sing-, Tanz- und Redewettbewerbe obliegt ihm vor allem die Betreuung der Häuser der Jugend, die in einer Fülle von Neigungsgruppen tausende junge

Menschen erfassen. Das Jugendzentrum Erdberg und das Haus der Jugend, 8, Zeltgasse, arbeiten in dieser Hinsicht vorbildlich. Im Oktober wurde auch das Jugendheim 5, Grünwaldgasse, seiner Bestimmung übergeben und erfreut sich schon jetzt regen Zuspruchs.

#### Kunstförderung: Musik

Wir unterstützen die beiden großen Musikgesellschaften direkt und indirekt, wir helfen dutzenden musikalischen Vereinigungen und wir subventionieren mit mehr als acht Millionen Schilling den Verein Wiener Symphoniker, den wir mit der Führung des Orchesters Wiener Symphoniker betraut haben.

Die Wiener Symphoniker haben im **Februar** dieses Jahres mit ihrem Chefdirigenten Dr. Wolfgang Sawallisch eine sehr erfolgreiche Tournee durch die Vereinigten Staaten absolviert. In fünf Wochen wurden 32 Konzerte veranstaltet, eine außerordentliche physische und künstlerische Leistung der Musiker! Ich glaube, wir sollten nach dem außerordentlichen Erfolg der Reise der Wiener Symphoniker beginnen, die nächste, größere Tournee vorzubereiten, denn diese Sendboten der Musik sind die besten Diplomaten, die wir für unsere Stadt und unser Land auf Reisen schicken können.

Besonders erwähnen möchte ich noch unsere Einführungskonzerte für die Wiener Schuljugend, für die wieder ein Betrag von 700.000 Schilling eingesetzt ist. Wir erwarten in diesem Frühjahr den 750.000. Besucher.

Im kommenden Jahr wollen wir den seinerzeit begonnenen Versuch "Meisterorchester spielen Meisterwerke" in der Wiener Stadthalle wieder aufnehmen, der durch organisatorische Mängel in diesem Jahre nicht stattfinden konnte.

Einen wesentlichen Beitrag zur Musikerziehung in Wien leisten die Musiklehranstalten. Für sie ist ein Betrag von 13,8 Millionen Schilling im Budget für 1965 vorgesehen. Die Gesamtschülerzahl hat sich innerhalb der letzten Jahre von 7.500 auf 9.750 erhöht. Im 20. Bezirk, Raffaelgasse, wird im kommenden Jahr eine neue Zweigstelle errichtet, für die im Budget Vorsorge getroffen wurde. Es ist der erste Versuch, in den Rahmen einer Volkshochschule auch eine Musikschule einzubauen.



Literatur

Die Förderung wertvoller, besonders österreichischer Literatur geschieht im wesentlichen durch Ankauf von Neuerscheinungen. Meist wird es den Verlagen überhaupt erst möglich, ein Werk herauszubringen, wenn sie wissen, daß eine gewisse Anzahl von Büchern fix abgenommen wird. Unsere junge, zum Teil ausgezeichnete Lyrik müßte verdorren, hätte sie nicht diese Hilfe.

Durch unser Abonnement von Jugendbüchern kommt weiterhin guter Lesestoff in Spitäler und Heime und verdrängt so systematisch die Schundliteratur, die sich in den letzten Jahren dort breit gemacht hatte. Der Literaturförderung werden durch Buchankauf 250.000 Schilling und der Bekämpfung schlechter Jugendliteratur 130.000 Schilling zugeführt.

Die Städtischen Büchereien, für die im Jahr 1965 ein Betrag von 15,5 Millionen Schilling vorgesehen ist, zeigen weiterhin eine gute Entwicklung. Sie sind zu einem wesentlichen Faktor der Verbreitung guter Literatur geworden.

Im kommenden Jahr wird die dritte Lehrlingsbücherei im dritten Zentralberufsschulgebäude 12., Malfattgasse, eingerichtet werden, sodaß die städtischen Büchereien dann eine Hauptbücherei mit 35.000 Bänden, 49 Zweigstellen mit 400.000 Bänden, drei Lehrlingsbüchereien mit 17.000 Bänden, zwei Autobusbüchereien mit 14.000 Bänden, eine Pensionistenbücherei mit 4.000 Bänden, sowie 56 Ausgabestellen für Pensionistenklubs im Winter und sechs Ausgabestellen im Sommer umfassen werden.

In dieser Arbeitsperiode des Gemeinderates sollen die Städtischen Büchereien ein "Haus des Buches" erhalten, das auf dem Bunker im Schönbornpark gebaut werden soll und in dem neben der Hauptbücherei verschiedene andere, dem Buch dienende Einrichtungen Raum finden werden.

### Theater

Unsere Unterstützungen für die Privattheater sind schon fast zur Selbstverständlichkeit geworden. Keines der Theater könnte heute - ob große Bühnen oder Kellertheater - existieren, würden wir diese Unterstützung nicht geben. Die Wiener Privattheater erhielten 1964 aus Budget, Kulturgroschen, Vergnügungssteuerrefundierung und im Rahmen des kulturellen Sommerprogrammes mehr als 13,700.000 Schilling.

Ich freue mich, daß es nun endlich, nach jahrelangem Bemühen und langwierigen Verhandlungen gelungen ist, das 'Theater der Jugend' auf eine neue Basis zu stellen. Dadurch wurde es möglich, das 'Theater im Zentrum' in der Liliengasse zur Gänze dem Theater der Jugend zu öffnen und für die älteren Schüler das Theater an der Wien zugänglich zu machen. Für die nächsten Produktionen stehen 1,514.000 Schilling zur Verfügung.

Für das Jugendabonnement, das 15.000 Jugendliche umfaßt, mußte die Subvention um rund 400.000 Schilling erhöht werden, da die Bundestheater die Preise für das Theater der Jugend wesentlich gesteigert haben. Ob das echte Kulturpolitik ist, ob man nicht gerade bei diesen Bühnen an anderer Stelle besser hätte sparen können, sei dahingestellt.

Im Budget 1965 ist für Theaterförderung ein Betrag von rund 15 Millionen Schilling festgesetzt.

### Film

Mit dem Filmfestival des heiteren Films, dem der Herr Bürgermeister den Namen 'Viennale' gab, ist es uns nach langen Versuchen in Zusammenarbeit mit den Filmjournalisten und den Filmfachverbänden gelungen, eine Veranstaltung zu schaffen, die eine Filmsparte in den Mittelpunkt des Interesses rückt, der in der heutigen Zeit besondere Bedeutung zukommt, nämlich den guten Unterhaltungsfilm.

Die bisherigen Versuche haben gezeigt, daß mit dieser Veranstaltung in der Reihe der Filmfestivale eine echte Lücke geschlossen und nicht nur einigen Filmästheten, sondern der Masse der Kinobesucher, gedient werden kann.

Wir wollen der 'Viennale 1965' zum erstenmal einen festlichen Rahmen leihen und die Veranstaltung auf eine breitere Basis stellen.

### Bildende Kunst

Unsere Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der bildenden Kunst erstrecken sich von der Auftragserteilung an bildende Künstler über die Ankäufe von Kunstwerken bis zur Ausstellung von Bildwerken verschiedenster Art.

Im Jahr 1964 wurden 135 Arbeiten von 49 Künstlern abgenommen und 147 Arbeiten an 41 Künstler neu in Auftrag gegeben. 247 Arbeiten vor allem von Malern und Graphikern wurden angekauft und wandern nun in unsere Schulgalerien, von denen es an den diversen Schulen schon 63 gibt. 1965 wird diese Ankaufs- und Auftragstätigkeit fortgesetzt werden.

Mit den Festwochen 1964 wurde unsere große Ausstellungsserie abgeschlossen, die mit 'Van Gogh' begann und über 'Munch', 'Gauguin', 'Cézanne' und 'Hodler' in der Ausstellung 'Wien um 1900' in der renovierten Secession ihren Abschluß fand. Die Großausstellungen sind wirkliche Bahnbrecher zur Erlangung eines besseren Kunstverständnisses der Wiener Bevölkerung geworden. Für die Zeit der Wiener Festwochen 1965 ist eine Ausstellung 'Wiener Malerei seit 1945' geplant, die einen Überblick über die im Verlauf der letzten 20 Jahre aufgetretenen, modernen Strömungen in Wien geben soll.

### Sportförderung

Unsere Sportförderung bewegt sich auch weiterhin in den gewohnten Bahnen. Es sind von der Stadt Wien 83 Sportanlagen und elf Spielplätze mit einem Flächenausmaß von 2,240.000 Quadratmeter an Sportverbände und Vereine verpachtet, die dafür zwei bis vier Groschen Pacht pro Jahr und Quadratmeter zu bezahlen haben. Für den Wintersportbetrieb sind von den 314 Turnsälen an den Schulen 215 an Vereine vergeben. Darüber hinaus betreut die Sportstelle der Stadt Wien 50 Jugend- und Kinderspielplätze, die von rund 470.000 Kindern besucht waren. In diesem Jahre konnten die Sportanlagen 19, Krottenbachstraße und 21, Fultonstraße sowie vier Spielplätze im 11., 14. und 19. Bezirk in Betrieb genommen werden. Im Bau befinden sich die Sportanlagen 10, Gußriegelstraße, 14, Achtundvierzigerplatz und 21, Schwarzlackenu. Außerdem werden die Renovierungsarbeiten im Stadion systematisch fortgesetzt.

Im Sommer 1965 wird in Wien das große europäische Turnfest die "Gymnaestrada" zur Austragung kommen, bei dem die Stadt und

der Bund die Ausfallshaftung übernommen haben. 10.000 ausländische Sportler werden in Wien erwartet.

Im Voranschlag 1965 sind für den sportlichen Bereich insgesamt 21,598.200 Millionen Schilling enthalten.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich noch kurz über die Wiener Festwochen und den Wiener Fremdenverkehr berichten.

#### Wiener Festwochen 1965

Die Festwochen 1965 werden am 22. Mai durch den Herrn Bundespräsidenten feierlich eröffnet und am 20. Juni mit dem traditionellen Abschlußkonzert beendet. Sie stehen mit ihrem Gesamttitel 'Kunst in Freiheit' im Gedenken an die 20. Wiederkehr des Tages der Befreiung und das Zehn-Jahr-Jubiläum des Abschlusses unseres Staatsvertrages. Das Programm liegt in großen Zügen fest und verspricht unter Mitwirkung von Ensembles der Signatarmächte interessant und abwechslungsreich zu werden.

Das achte Europagespräch steht unter dem Titel 'Brücken zwischen Ost und West. Europa in Koexistenz oder Kooperation?' Vertreter aus Ost und West werden zu den Problemen Stellung nehmen.

#### Der Wiener Fremdenverkehr

Das Fremdenverkehrsjahr 1963/64 brachte wieder einen absoluten Rekord:

Personen insgesamt 1962/63	. . . . .	957.255
1963/64	. . . . .	1,035.406
Nächtigungen insgesamt 1962/63	. . . . .	2,773.346
1963/64	. . . . .	3,040.355

Wir haben also zum erstenmal seit dem Jahre 1918, der Gründung der ersten Republik, bei den Nächtigungen die Dreimillionengrenze überschritten. Und während der gesamtösterreichische Fremdenverkehr eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Prozent aufweist, ist der Wiener Fremdenverkehr um 8,5 Prozent gestiegen.

Die zur Verfügung stehende Bettenzahl hat sich weiter erhöht und beträgt derzeit 14,058, wozu im Sommer noch die 420 Betten unseres Studentenheimes kommen, das unter dem Namen 'Haus Döbling' in der Hotelliste aufscheint.

Wir dürfen auch mit Genugtuung feststellen, daß sich die Ausstattung der Wiener Fremdenverkehrsbetriebe spürbar verbessert hat.

Dazu haben sicher auch die 60 Millionen Schilling Kredite der Stadt Wien beigetragen, die bisher an 853 Betriebe gegeben wurden.

Für das kommende Jahr kann mit einer weiteren Steigerung des Fremdenverkehrs in Wien gerechnet werden. Es ist anzunehmen - alles spricht dafür -, daß nun auch die Oststaaten beginnen, im Wiener Fremdenverkehr eine bedeutsame Rolle zu spielen. Damit rückt aber unsere Stadt wieder aus der peripheren Situation, in die sie 1945 unverschuldet gekommen war, in ihre alte zentrale Stellung, die sie jahrhundertlang inne hatte. Wir müssen uns mehr als bisher darauf vorbereiten, sowohl was das geistige Konzept als auch die materiellen Voraussetzungen betrifft.

#### Eine Schicksalsfrage unserer demokratischen Freiheit

Kulturpolitik zu betreiben und zu verantworten, ist eine schöne, faszinierende Aufgabe. Sie bedarf jedoch der ständigen Kontrolle des eingeschlagenen Weges. Vielfach ruft schon das Wort allein Unbehagen und Mißtrauen hervor. Aber kommt es nicht darauf an, lieber 'Lichter anzuzünden, als auf die Dunkelheit zu schimpfen', um ein altes chinesisches Sprichwort zu zitieren? Meine Mitarbeiter und ich müssen Kritik und lebhaftes, oft leidenschaftliche Auseinandersetzen in Kauf nehmen, wollen wir konsequent im Rahmen der Stadtverwaltung kulturpolitisch tätig der Bevölkerung dienen.

Ich wiederhole und kann es nicht oft genug sagen:

Unsere Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn sie von einer breiten Schicht denkender, urteilsfähiger und charaktvoller Staatsbürger getragen wird. Es ist eine Schicksalsfrage unserer demokratischen Freiheit, ja eine Frage des Seins oder Nichtseins, daß der Bürger tätig helfend in seiner Gemeinschaft wirkt und wir uns alle mitverantwortlich für das Schicksal, für das Gedeihen unseres Landes fühlen. Damit ist heute Kulturpolitik die sinnvolle Ergänzung aller anderen kommunalpolitischen Maßnahmen geworden."

Die Kulturdebatte

GR. Lauscher (KLS) hebt einleitend hervor, daß der Bericht Mandls den Eindruck vermittelte, daß auf dem kulturellen Sektor wertvolle Arbeit geleistet wird. Die Tätigkeit des Kulturamtes einer Stadt mit so großer kultureller Tradition müsse darauf gerichtet sein, vor allem den arbeitenden Menschen zu einer Beziehung zur Kultur zu verhelfen, ihnen die Platzangst im kulturellen Bereich zu nehmen und den Weg zum richtigen Kunstverständnis und zum richtigen Kunstgeschmack aufzuzeigen.

Wenn die Europa-Gespräche 1965 unter dem Motto "Brücke zwischen Ost und West" stehen werden, so sehen die Kommunisten und Linksozialisten darin lediglich einen Anfang, die bisherige Einseitigkeit dieser Gespräche zu überwinden, sie zu einer Einrichtung Gesamteuropas zu machen und damit der weiteren Entspannung, Verständigung sowie der gegenseitigen kulturellen, geistigen, politischen und wirtschaftlichen Befruchtung zu dienen.

Für die in das nächste Jahr fallende 20. Wiederkehr des Jahres der Befreiung Österreichs unterbreitet der Redner den Vorschlag auf Schaffung einer repräsentativen Anthologie schriftstellerischer Bekenntnisse zu Wien und Österreich unter dem Blickwinkel der Befreiungskämpfe und der Idee des Antifaschismus und des Friedens, die Veranstaltung einer Matinee "Unbesiegttes Wort - unbesiegttes Wien", wobei die Werke der von den Faschisten ums Leben gebrachten und vertriebenen Dichter besondere Berücksichtigung finden sollten, eine ausstellungsmäßige Zusammenstellung österreichischer antifaschistischer Bücher in der Stadtbibliothek und in den städtischen Büchereien sowie eine Würdigung jener Dichter und Schriftsteller, deren Thematik und gesamte Haltung Wiens Befreiung und Freiheit gilt, in Zusammenhang mit der Vergebung des Literaturpreises der Stadt Wien im Jahre 1965.

Darüber hinaus würde Wien Österreich einen großen Dienst erweisen, wenn von Wien die Initiative zur Herstellung eines Filmwerkes über den österreichischen Freiheitskampf ausginge. Es wäre aber auch dankenswert, wenn bei den Wiener Festwochen die derzeit lebenden österreichischen Komponisten mehr zum Zuge kämen, als das bisher der Fall war. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang zur Überlegung, einer Anregung Gottfried Einems und Kurt Blaukopfs

zu folgen, wonach die Gemeinde Wien in ähnlicher Weise, wie sie ein Prozent der Bausumme für die künstlerische Ausstattung der Bauten verwendet, ein Prozent aller öffentlichen Subventionen für die Aufführung von Werken lebender österreichischer Komponisten widmet.

Wenn Wien im Gegensatz zu den anderen Bundesländern derzeit auch keinen Lehrermangel hat, so werden sich im Hinblick auf die steigende Geburtenzahl, auf die Einführung des neunten Schuljahres und nicht zuletzt auch in Anbetracht der Tatsache, daß mit dem Einsetzen der Lehrerausbildung an den Pädagogischen Akademien zwei Jahre hindurch mit keinen neuen Lehrern gerechnet werden kann, auf diesem Sektor auch für die Bundeshauptstadt Schwierigkeiten ergeben. Um diesem kommenden Notstand rechtzeitig abzuhelpfen, schlägt der Redner vor, die Lehrer vom Militärdienst zu befreien, die Besucher der Pädagogischen Akademien in das Studienförderungsgesetz einzubeziehen und heute schon die Schüler der musisch-pädagogischen Realgymnasien bevorzugt mit Stipendien zu bedenken. In dieser Richtung würde sich aber sicherlich auch eine entsprechende Berücksichtigung der Lehrer bei der Vergabe von Gemeindewohnungen positiv auswirken.

Nach Auffassung der Kommunisten wird das neunte Pflichtschuljahr im Rahmen des polytechnischen Lehrganges nur dann die erwarteten Erfolge bringen, wenn man es im Sinne einer Erweiterung des Lehrzieles der Pflichtschule an die Hauptschule angliedert. Auch zur Verbesserung des Unterrichtes in Zeitgeschichte sollte die Gemeinde Wien richtungweisende Schritte unternehmen, etwa in der Form, daß sie für das beste Jugendbuch, das die Helden des österreichischen und des internationalen Widerstandkampfes gegen den Nazismus vor unseren Kindern lebendig werden läßt, einen Preis stiftet, oder, wie das in vielen anderen Ländern bereits geschieht, jährlich einmal einen Widerstandskämpfer zur Schuljugend sprechen läßt. Die 20. Wiederkehr des Jahres der Befreiung wäre sicherlich ein geeigneter Anlaß, diese Übung auch in Wien zu übernehmen.

Zu Radio und Fernsehen: Es steht außer Frage, daß die Meinungsfreiheit eine Grundfrage unserer Demokratie ist. Für die Gewährleistung der Meinungsfreiheit hat die Arbeiterklasse einen jahrzehntelangen Kampf geführt. Heute beeinflussen Massenmedien

wie Radio und Fernsehen die Meinungsbildung der Menschen und sie dürfen daher kein Monopol der beiden Regierungsparteien sein.

Das mäßige Abschneiden unserer Sportler bei den Olympischen Sommerspielen hat die Aufmerksamkeit aller auf die Verhältnisse im Sport gelenkt. Bund, Länder und Gemeinden tun leider viel zu wenig zur Sportförderung, obwohl ein enger Zusammenhang zwischen der sportlichen Betätigung der Jugend und ihrem Gesundheitszustand besteht. Viele Jugendliche leiden heute unter einer Muskelschwäche und ein hoher Prozentsatz ist, wie sich bei den Assentierungen herausgestellt hat, nicht voll tauglich. Die Liebe zum Sport müßte bereits im Kindesalter geweckt werden. Zwei Turnstunden wöchentlich, wie es in den meisten Schulen der Fall ist, sind viel zu wenig. Außerdem ist ein Teil der Lehrerschaft sportlich nur mangelhaft ausgebildet. In manchen Schulen gibt es auch keine Turnsäle, sondern nur Turnzimmer. Die Errichtung einer Landessportschule wäre dringend notwendig.

In Wien gibt es derzeit auch nur vier Hallenschwimmbäder, von denen das Margaretenbad mit seinem 18 Meter-Becken für die Sportler ebenso wenig geeignet ist wie das Jörgerbad. Das Dianabad soll mit 30. April 1965 gesperrt werden. Das bedeutet für den Schwimmsport einen schweren Schlag, den 70 bis 80 Prozent aller Spitzenschwimmer hatten ihre Heimat im Dianabad. Das Theresienbad, das überdacht wird, ist kein ausreichender Ersatz. Der Neubau des Dianabades wird einige Jahre dauern und auf die Eröffnung des neuen Bades in Floridsdorf werden die Sportler ebenfalls noch warten müssen. Auch dieses Bad wird über keine 50 Meter-Bahn verfügen. Von den Sommerschwimmbädern ist nur das Stadionbad mit seinen 50 Meter-Bahnen für die Sportler halbwegs geeignet. Leider hat es noch keine Vorwärmanlage, obwohl Simmering mit seinen Energiequellen in der Nähe liegt. Jedoch auch die anderen Sportarten kämpfen mit großen Schwierigkeiten. Es mangelt an Hallen für den Ballsport und an Rasensportanlagen, besonders an Fußballplätzen. Der Redner urgiert die Novellierung des Spielplatzschutz- und Anforderungsgesetzes, das eine Garantie gegen die weitere Verbauung von Rasensportstätten bietet. Den Vereinen müßten auch die Turnsäle kostenlos überlassen werden. In größerem Ausmaß müßten ihnen auch Jugendfahrtscheine zur Verfügung gestellt, deren Gültigkeit bis 22 Uhr verlängert und auf die Sonntage erstreckt



werden. Schließlich müßten auch alle sportlichen Veranstaltungen von der Vergnügungssteuer befreit werden.

Wenn in Wien Olympische Sommerspiele abgehalten werden sollen, dann dürfen wir keine Zeit versäumen, um die hierfür nötigen Sportstätten zu schaffen.

Abschließend spricht der Redner über die Zeitung des Österreichischen Turnerbundes, die deutsch-nationalen Geschichtsunterricht erteile. Diese Zeitung verbreite deutsch-nationales Gedankengut und verneine die österreichische Nation. Der Turnerbund bietet keine Gewähr für die Erziehung unserer Jugend zu aufrechten Österreichern. Es sei unverständlich, daß die Gemeinde Wien einer derartigen Organisation 50 Turnsäle zur Verfügung stellt. Was muß noch geschehen, bis die Mehrheit dieses Hauses aus dem deutsch-nationalen Charakter des Vereines und seiner anti-österreichischen Tätigkeit die Konsequenzen zieht und den Jugendverführern unter der Sporttarnkappe das Handwerk legt?

Abschließend spricht der Redner die Hoffnung aus, daß die positive Kritik seiner Fraktion Berücksichtigung finden möge. Den Ansätzen werde die KLS-Fraktion zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) erklärt einleitend, seine Fraktion sei mit den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe im großen und ganzen einverstanden, er habe jedoch einige Fragen, die er dem Berichtstatter stellen müsse.

Eine dieser Fragen sei, welche Gründe es für die alljährliche Erhöhung der Entschädigungsbeiträge für die Mitglieder des sogenannten Filmbeirates gebe. Diese Beiträge seien von 35.800 Schilling im Jahr 1963 auf 50.000 Schilling im Jahr 1964 gestiegen, und für 1965 sehe der Voranschlag 90.000 Schilling vor. Nichts aber sei von Seiten des Filmbeirates bisher geschehen, um bessere Verhältnisse auf dem Filmsektor zu schaffen. Immer wieder seien von allen Seiten Klagen über die schlechten Filme zu hören, die man in unseren Kinos sieht. Wenn schon die Schnulzenfilme keinen besonderen Schaden anrichten, so müßte es doch möglich sein, die Vorführung jener Krimifilme zu verhindern, die einen schlechten Einfluß auf unsere Jugend ausüben.

Aber die Vergnügungsindustrie sei bereits zur Kulturindustrie geworden, und es habe den Anschein, als ob wir alle nicht energiegelug genug seien, um diese Entwicklung aufzuhalten.

Eine andere Frage sei, worauf die Senkung der Einnahmen aus den Schulgeldern an den Wiener Musiklehranstalten zurückzuführen sei.

Bezüglich der Modeschule der Stadt Wien, der städtischen Büchereien, der Stadtbibliothek, der städtischen Museen und des Archivs der Stadt Wien erklärt sich GR. Peter mit der Führung dieser Institutionen einverstanden und lobt die Erfolge, die auf diesen Gebieten erreicht werden. An die Wiener Bevölkerung richtet er den Appell, das neue Planetarium und das darin untergebrachte Pratermuseum zu besuchen, da dies Sehenswürdigkeiten ersten Ranges seien, die mehr Besuch verdienen als bisher.

Auf dem Gebiet der Denkmalpflege geschehe zwar einiges, das sei aber noch zu wenig. So wäre es zum Beispiel unbedingt notwendig, das Tegetthof-Denkmal auf dem Praterstern, das in keinem schönen Zustand sei, herzurichten.

Zum Kapitel Sport bemängelt der Redner unter anderem, daß das Kinderturnen im Rahmen des Österreichischen Turnerbundes von der Gemeinde Wien benachteiligt werde, obwohl dort das Turnen ohne jegliche politische Tendenz durchgeführt werde. Die Vorwürfe, die sein Vorredner, GR. Lauscher, gemacht hat, weist der Redner energisch zurück.

Der Redner bezeugt sein Einverständnis mit umfassender Kunstförderung, nicht aber mit der geplanten Ausstellung der modernen Malerei nach 1945, von der er sich viel Greuliches und Grausliches erwarte. Die Bilderstürmereien in der "Grünen Galerie" seien Ausdruck der Ablehnung durch das Volk, wenn auch mit verwerflichen Mitteln, gewesen.

Zum Lehrermangel an den Mittelschulen und zur Abwanderung der Akademiker wolle er sich nicht äußern, denn "es hieße Tauben nach Athen tragen, wenn man immer und immer wieder dasselbe sagt." Der Redner sprach sich gegen die modernistische Kunst aus, die sich das Wort "modern" arrogiert habe, ohne wirklich modern zu sein, aber dennoch von der Stadt Wien subventioniert werde. "Der selige Mäcenatas" wäre bei seinen kunstfördernden Maßnahmen ganz anders vorgegangen als die Stadt Wien.

Auf seine diesbezüglichen Ausführungen habe GR. Peter von Kollegen anderer Fraktionen verschiedene Antworten erhalten. Manche hätten ihm draußen im Speisesaal gesagt, daß sie seinen Ansichten gerne applaudiert hätten. (Zwischenruf bei der ÖVP) Zu den seinerzeit vorgebrachten Argumenten von GR. Liwanec und GR. Dr. Stemmer, daß auch weltweit anerkannte große Künstler von ihren Zeitgenossen abgelehnt worden seien, sagt GR. Peter, daß es keineswegs das Volk gewesen sei, das einen Beethoven oder einen Bruckner nicht verstanden habe, sondern nur die Kritiker und die sogenannten Fachleute. Der Redner faßt seinen Standpunkt in dem Satz zusammen: "Kunst ist, was dem Volk gefällt". (Zwischenruf von GR. Leinkauf im Hinausgehen: "Kunst ist, Ihnen zuzuhören!" An den Zwischenruf schließt sich ein erregtes Wortgefecht mit dem Redner an.)

Der Redner geht schließlich auf eine Stelle des Debattenbeitrags von Landtagspräsident Marek ein, der von "österreichischer Kultur" gesprochen hat. Die Existenz einer solchen habe die FPÖ nie bestritten. Sie denke aber auch in dieser grundsätzlichen Frage anders als die Mehrheit des Hauses. GR. Peter betont, "daß wir uns selbstverständlich zum deutschen Volk bekennen". Dies solle aber keine Spitze gegen die territoriale Selbständigkeit Österreichs darstellen. (Zwischenruf Stadtrat Schwaiger: "Auch das ist eine Kunst!") So wenig es eine künstliche, gleichsam in der Retorte fabrizierte Nation geben könne, so wenig gäbe es eine österreichische Nation. Zugegebenermaßen hätten die Deutschnationalen den Denkfehler begangen, Staat und Nationen zu sehr zu identifizieren. Der Redner zitiert darauf Dr. Renner und Dr. Seipel, die von der Zusammengehörigkeit Österreichs und Deutschlands gesprochen haben. Heftige Zwischenrufe aus den Bänken der SPÖ, ÖVP und KLS unterbrechen an dieser Stelle den Debattenredner immer wieder. "Wir bekennen uns", fährt GR. Peter fort, "zu einem freien, unabhängigen neutralen Österreich. Wer uns andere Tendenzen unterschiebt, der lügt!" Der Redner schließt mit Zitaten von Hoffmannsthal und Wildgans. Während er das Rednerpult verläßt, begleitet ihn der Zwischenruf aus den Bänken der ÖVP: "Vom Gauredner zum Gaudiredner". GR. Peter antwortet: "Ich war Reichsredner - das könnten Sie eigentlich wissen!"

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Jonas ersucht Figl Bisamberg-Verbauung zu verhindern  
=====

14. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat heute an Landeshauptmann Dr. Ing. Figl ein Fernschreiben folgenden Inhaltes gerichtet:

"Zeitungsmeldungen zufolge soll die Gemeinde Bisamberg bereits eine Baubewilligung für die Errichtung eines Großhotels auf dem Bisamberg erteilt haben. Gegen die Errichtung eines solchen Hotels werden von berufenen amtlichen Stellen und aus weiten Kreisen der Bevölkerung der umliegenden Gebiete schwerste Einwände erhoben. Ich schließe mich den Bestrebungen, den Bisamberg als Erholungsgebiet zu bewahren, rückhaltlos an und bitte Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, alle Kompetenzen, die dem Land Niederösterreich zur Verfügung stehen, anzuwenden, um die geplanten Hotelprojekte zu verhindern!"

- - -

Eine Million Arbeitsstunden für hilfsbedürftige Wiener  
=====

14. Dezember (RK) Der Verein "Wiener Hauskrankenpflege", der für die Stadt Wien die Heimpflege und Heimhilfedienste leistet, hat vor wenigen Tagen seine millionste Arbeitsstunde geleistet. Die Anfänge dieser Institution reichen ziemlich weit zurück.

In den ersten Monaten nach dem Ende des Krieges trat neben vielen anderen ein brennendes Problem zutage: Teile mehrerer Krankenhäuser und Altersheime waren von den Besatzungsmächten in Anspruch genommen, obwohl gerade in dieser Zeit die ausgehungerte und durch den Schock des letzten Krieges arg mitgenommene Bevölkerung mehr denn je ärztlicher und pflegerischer Hilfe bedurfte. Insbesondere unsere Alten waren davon schwerstens betroffen. Viele von ihnen wollten in ein Altersheim gehen, weil sie unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen nicht in der Lage waren, ihren bescheidenen Haushalt weiterzuführen. Sie waren nicht krank, es fehlte nur eine hilfreiche Hand, die ihnen Besorgungen abnahm und im Haushalt beistand. Es war aber in den Anstalten kein Platz frei. Dieses Problem drängte zu einer Lösung.

Zu diesem Zweck wurde der Verein "Wiener Hauskrankenpflege" ins Leben gerufen. Er begann im Jahre 1947 mit seiner Tätigkeit. Auf Grund eines Arbeitsvertrages mit der Stadt Wien übernahm diese die Kosten für die Heimpflege- und Heimhilfedienste. Der Anfang war sehr bescheiden. Das erste Jahr schloß mit 14.000 geleisteten Pflege- oder Hilfestunden ab. Diese Zahl stieg von Jahr zu Jahr und überschritt 1963 die Hunderttausend-Grenze. Vor wenigen Tagen war nun die erste Million Gesamtstunden erreicht.

Der Verein "Wiener Hauskrankenpflege" will dieses "Jubiläum" seiner Tätigkeit mit seinen Mitarbeitern und mit den Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, durch deren Förderung seine Arbeit erst möglich wurde, festlich begehen.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 17. Dezember, um 17 Uhr, im Saale des Gasthofes "Grünes Tor", 7, Lerchenfelder Straßer 14, statt.

70. Geburtstag von Regierungsrat Hans Radl  
 =====

14. Dezember (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer beglückwünschte heute in Anwesenheit des ehemaligen Präsidenten des Stadtschulrates Hofrat Dr. Zechner und vieler leitender Beamten den als Mitbegründer des Wiener Sonderschulwesens bekannten Regierungsrat Hans Radl zu dessen 70. Geburtstag. Er überreichte ihm ein Ehrengeschenk in Form eines Kupferstiches des Stadtschulratsgebäudes. In seiner Ansprache würdigte Präsident Dr. Neugebauer die hervorragenden Leistungen des weit über Österreich hinaus namhaften Pädagogen, der nach dem ersten Weltkrieg, aus dem er selbst als Invalide heimkehrte, in Wien mit dem Aufbau eines Sonderschulwesens begann, das heute zu den best-eingerichteten der ganzen Welt gehört und das durch die Schulgesetze des Jahres 1962 vervollständigt wurde. Regierungsrat Radl, der heuer auch die 50jährige Wiederkehr seiner Anstellung als Lehrer feiern kann, gehört dem Stadtschulrat als Konsulent an und betreut die in- und ausländischen Besucher, die das Wiener Schulwesen studieren wollen und unter denen sehr viele Sonderschullehrer aus aller Welt sind, die sich in den Wiener Sonderschulen Anregungen für ihre heilpädagogische Arbeit holen.

Mit seinen Glückwünschen verband Präsident Dr. Neugebauer den herzlichen Dank der Wiener Schulbehörde für ein Leben, das Regierungsrat Radl ganz in den Dienst der hilfebedürftigen, behinderten Kinder gestellt hat.

- - -

Keine Wiener Schule ohne Radio, Filmvorführgerät und Bildwerfer  
 =====

14. Dezember (RK) Die Landesbildstelle Wien-Burgenland verfügt derzeit über 938 Bildwurfgeräte, 712 Stummfilmgeräte und 13 Tonfilmprojektoren, die in den Schulen der Bundeshauptstadt und in den Lehranstalten des Burgenlandes ständig verwendet werden.

Praktisch gibt es heute in Wien keine Pflichtschule mehr, die nicht über einen Kleinbildwerfer, einen Filmvorführapparat, ein Rundfunkgerät und öfters auch über ein Tonbandgerät und eine Tonfilmmaschine verfügt. Diese Apparate sind entweder Leihgaben der Landesbildstelle oder Eigentum des betreffenden Institutes. In jedem Fall aber stammen die Diapositive, Filme, Tonbänder usw. von den Entlohnstellen der Landesbildstelle Wien-Burgenland.

- - -

Arbeitstagung des Verbandes Österreichischer Volksbüchereien  
=====

14. Dezember (RK) Vom 14. bis 16. Dezember hält der Verband Österreichischer Volksbüchereien im Anschluß an seine Jahreshauptversammlung eine Arbeitstagung ab, auf der vordringlich wichtige Fragen der Literaturkunde bzw. der Büchereiverwaltung behandelt werden. Diesem Leitmotiv Rechnung tragend, zeigt das Programm folgende Vorträge und Referate bzw. Veranstaltungen:

Dr. Heinz Rieder: "Dichtung-- Untere Grenze - Kitsch" als Stilproblem. Proben mit Diskussion.

Karl Ajdovic: Verwaltungsarbeiten beim Übergang von der Theken- zur Freihandbücherei.

Dr. Alfred Focke: Der zeitgenössische religiöse Roman. Seine Thematik und seine Verwendbarkeit in der Ausleihe.

Leopold Schindler: Kataloge für die Leser. Grundsätzliches und ihre Herstellung.

Gerhard Fritsch: Über den sozialen Roman der Gegenwart.

Heinrich Pokorny: Notwendigkeit und Erstellung einer Statistik

Im Rahmen einer Diskussion mit dem Thema: "Verlag, Buchhandel und Volksbücherei-- Konkurrenz oder Zusammenarbeit?" sprechen Dr. Hans Eberhard Goldschmidt (Buchhandel), Dr. Friedrich Kornauth (Verlag "Styria") und Dr. Rudolf Müller (Verband Österreichischer Volksbüchereien). Die Besichtigung zweier niederösterreichischer Büchereien (Zweigstelle Weikersdorf der Stadtbücherei Baden und die Stadtbücherei Tulln) ist vorgesehen.

Im letzten Arbeitsjahr konnte der Büchereiverband seine beratende und helfende Tätigkeit weiter ausbauen. Büchereien in allen Bundesländern wurden mit Buch- und Sachspenden unterstützt; eine besondere Intensivierung wurde der Förderung kleiner Gemeindebüchereien zuteil. Die Mittel zu dieser Hilfe kamen einerseits aus Subventionen des Bundesministeriums für Unterricht, andererseits aus eigener Aufbringung des Verbandes.

In den Vordergrund seiner Bestrebungen und Interessen stellte der Verband Österreichischer Volksbüchereien auch in diesem Jahr die fachliche Fundierung der Büchereiarbeit in Österreich. Mit der Konstituierung des Ausbildungsbeirates, einem Dreier-Kollegium bestehend aus je einem Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht (Abteilung Volksbildung), des Österreichischen Städtebundes (Kulturausschuß) und des Verbandes Österreichischer Volksbüchereien, dem die Behandlung aller Ausbildungs-Angelegenheiten obliegt, ist ein wichtiger Schritt zur fachlichen Konsolidierung unserer Arbeit getan.

- - -

NÖ-Krankenhausverwalter besichtigen Wiener Spitäler  
=====

14. Dezember (RK) Die Verwalter der in Niederösterreich gelegenen Krankenanstalten sind nach Wien gekommen, um hier einige Spitäler und Schwesternheime unter fachkundiger Führung zu besichtigen.

Gesundheitsstadtrat Dr. Glück begrüßte heute mittag die Krankenhausverwalter im Wilhelminenspital und informierte sie über das Sanierungsprogramm der Wiener städtischen Spitäler, über die Modernisierungsbauten und über die Pläne für den Neubau von Krankenhäusern. Dr. Glück begrüßte dieses Verwaltertreffen, das deshalb von Bedeutung sei, weil bei einem unmittelbaren Meinungsaustausch mehr Erfahrungen gesammelt werden können als beim theoretischen Studium. Die niederösterreichischen Gäste zeigten sich von den Leistungen auf dem Gebiet des Wiener Spitalsbaues sehr beeindruckt.

- - -



Rinderhauptmarkt vom 14. Dezember  
=====

14. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche. O. Neuzufuhren Inland: Ochsen 108, Stiere 344, Kühe 609, Kalbinnen 156, Gesamtauftrieb: 1.217; Polen: Stiere 24. Gesamtauftrieb: 108 Ochsen, 368 Stiere, 609 Kühe, 156 Kalbinnen, Summe: 1.241. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13.50 bis 15.80 S, extrem 16 bis 16.50 S, Stiere 13 bis 16.60 S, extrem 16.80 bis 16.90 S, Kühe 10.50 bis 13 S, extrem 13.20 bis 13.80 S, Kalbinnen 13.50 bis 16 S, extrem 16.20 bis 16.40 S; Beinlvieh Kühe 8. bis 10.50 S, Ochsen und Kalbinnen 10 bis 13.30 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um sechs Groschen, bei Stieren um zwei Groschen, bei Kalbinnen um drei Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Kühen um zwei Groschen je Kilogramm. Er beträgt bei: Ochsen 14.20 S, Stieren 15.22 S, Kühen 11.10 S, Kalbinnen 14.64 S. Beinlvieh notierte unverändert. Polnische Stiere notierten zu 13.50 S je Kilogramm.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

GR. Fröhlich (ÖVP) beschäftigt sich vor allem mit dem Fremdenverkehr und seiner wirtschaftlichen Bedeutung. Wien hat noch immer nur einen bescheidenen Anteil am fruchtbringenden Strom des gesamt-österreichischen Fremdenverkehrs. Es gäbe daher noch eine Reihe von Aufgaben zu lösen, um die Wachstumsrate steigern zu können. Der Redner würdigt die Arbeit der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, bedauert jedoch, daß für Werbemaßnahmen keineswegs reichliche Mittel vorhanden sind.

GR. Fröhlich beschäftigt sich auch mit der Steuerbelastung der Fremdenverkehrsbetriebe, die in Österreich 9,3 Prozent beträgt. In Italien werden diese Betriebe jedoch nur mit drei bis vier Prozent besteuert und in der Schweiz gar nur mit 1,2 Prozent. Auch der Kreditbedarf der Fremdenverkehrsbetriebe ist sehr groß, und auch hier ist die Lage in den Konkurrenzländern besser. Man sollte daher das fiskalische Denken den wirtschaftlichen Gegebenheiten besser anpassen. So gibt es zum Beispiel bei der Getränkesteuer mehrere Ungereimtheiten. Je nachdem, ob einem Gast eine Orange serviert oder ausgepreßt als Saft gereicht wird, muß der Wirt keine Getränkesteuer oder er muß Steuer zahlen.

Ein bezeichnendes Licht auf die Situation des Gastgewerbes wirft die Tatsache, daß 48 Prozent aller Gaststätten und Beherbergungsbetriebe in Österreich einen Jahresumsatz von nur 100.000 Schilling haben. Bloß drei Prozent haben mehr als eine Million Schilling Umsatz.

Der Redner regt an, bei der Strafenbeschilderung auch Hinweise auf Zentren des Fremdenverkehrs anzubringen, wie zum Beispiel den Prater und den Steffl.

Neben dem Kultur- und dem Wirtschaftsbereich sind es letzten Endes auch die Zentren der Wissenschaft, die in ihrer Wechselwirkung zum Fremdenverkehr echte Anhaltspunkte darstellen. Als Drehscheibe bietet Wien auch für den Massentourismus - und das gilt nicht zuletzt auch gegenüber dem Osten - viele offene Möglichkeiten. Es ist zu hoffen, daß die echten Bemühungen der Fremdenverkehrsbetriebe dadurch Anerkennung finden, daß die Magistratsbehörden besonders bei Neugründungen auf die Einhaltung der Mindestausstattungsrichtlinien achten.

Bei der Privatbettenvergabe wäre wünschenswert, daß schon in absehbarer Zeit hinsichtlich der sanitären Voraussetzungen jene Anpassung vollzogen wird, die einer Fremdenverkehrsstadt im Range Wiens entspricht.

Unendlich vielfältig sind die Verflechtungen des Fremdenverkehrs und seiner Wirtschaft, unendlich vielfältig sind aber auch die Probleme. Lassen Sie uns darangehen, appelliert der Redner abschließend, Wien als Weltstadt und damit als Fremdenverkehrsbegriff auszubauen.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) erklärt, daß der Spitzensport von der Breite des Massensportes abhängig ist. Ein Leben ohne Bewegung in der Großstadt kann nur zu Zivilisationskrankheiten führen, vor allem ist das wohlbehütete Dasein für die Jugend nicht immer das Beste. Im Sinne einer Verstärkung und Festigung des Massensportes war daher der Zwei-Brücken-Lauf, an dem halb Wien teilgenommen hat, sehr zu begrüßen. Es wäre sicherlich zum Nutzen aller, wenn sich hier die Stadt Wien aktiv einschalten würde, damit diese sportliche Veranstaltung nicht einmalig bleibt.

Der Redner kommt sodann auf verschiedene Wiener Sportstätten zu sprechen, bezeichnet sie als teilweise unzulänglich und als teilweise überaltet und gibt zu bedenken, daß man heute kaum jemanden mit schlechter Ausrüstung auf einen Achttausender schicken würde, es aber genauso verkehrt sei, unsere Spitzensportler schlecht gerüstet zu den Olympischen Spielen zu entsenden.

Als Angehöriger der Turn- und Sportunion setzt sich der Redner für eine eigene Verwaltung der Sportplätze ein. Das wäre sicherlich auch für den ASKÖ günstig, weil er sich dann nicht so sehr mit verwaltungstechnischen Aufgaben befassen müßte und sich mehr dem Sport widmen könnte. Einer Platzwertung zufolge fallen nämlich auf den ASKÖ 6,6 Prozent, auf den ASVÖ 20,4 Prozent und auf die Turn- und Sportunion 73 Prozent der Punkte. Diese Ziffern sind nicht zuletzt ein Beweis dafür, daß die Union, da sie weniger mit Verwaltungsagenden beschäftigt ist, mehr Zeit hat, Meisterschaften zu gewinnen.

GR. Livanec (SPO) stellt fest, daß die Zahl der Künstler aller Kunstrichtungen Legion ist, die zu Lebenszeiten verunglimpft wurden. Ihren Wert hat man oft viel später erkannt. Die Stadtverwaltung ist heute und auch in Zukunft bestrebt, für den lebenden Künstler zu sorgen und alle Kunstrichtungen zu fördern.

Ein Wort zu den Kinderspielplätzen, denen die gesamte Wiener Bevölkerung mit mehr Toleranz gegenüberstehen müßte. Im verbauten Gebiet haben die Kinder meist keine andere Möglichkeit als sich eben auf diesen Spielplätzen auszutollen. Manchmal geht es da natürlich etwas lauter zu und dann ertönen wahre Schimpfkanonaden Erwachsener. Der Redner appelliert an die Bevölkerung, hier mehr Einsicht zu haben.

Zum Europa-Gespräch: Wien ist auf diesem Gebiet bahnbrechend und das nicht erst seit gestern und heute, sondern schon seit vielen Jahren. Wenn darauf verwiesen wird, daß Wien am Rande der freien Welt liegt, sollten wir eindringlich daran erinnern, daß es nur der geographischen und verkehrstechnischen Lage nach am Rande ist. Wien ist schon lange in den Mittelpunkt Europas vorgestoßen und wird auch als solcher in der Welt anerkannt. Wenn Madariaga zweimal in Kongressen sagen konnte, daß es seine und die Meinung vieler echter Europäer ist, daß die Bedingungen einer europäischen Hauptstadt nur von Wien erfüllt würden, so soll uns dieses Urteil eines Philosophen, der über Interessengruppen und Parteien steht, stolz werden lassen. Es scheint, daß die Stadt Wien ihre Verdienste auch auf diesem Gebiet zu bescheiden crachtet. Durch die Europa-Gespräche ist ein echter und ehrlicher Anfang gemacht worden, um dieses vereinte Europa, das sich nicht nach der Landkarte richtet, und auch die Länder hinter dem Eisernen Vorhang miteinschließt, einmal schaffen zu können. Wir haben allen Grund, den Initiatoren und Veranstaltern der Europa-Gespräche, die mustergültig durchgeführt werden, von dieser Stelle aus herzlichst zu danken.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) bezeichnet die Gruppe Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung als die umfassendste und vielschichtigste unserer Geschäftsgruppen. Es ist jene Gruppe, die sich mit Aufgaben zu befassen hat, die das Angesicht unserer Stadt prägen, den Menschen Formen und ihm Gelegenheit geben, sich mit dem zu beschäftigen, was über das rein Materielle hinausgeht.

Erfreulich sei die Aktion zur Erhaltung erhaltenswerter Gebäude. Man könnte noch etwas weiter gehen und - ähnlich wie in Berlin - bei Lückenverbauungen auf den Charakter der Umgebung Rücksicht nehmen. Vielleicht könnte die Stadt Wien durch die Zuerkennung von Förderungspreisen an Architekten diesen die Möglichkeit geben im Ausland derartige Probleme und ihre Lösung zu studieren.

Auch durch die Erhaltung und Restaurierung von Gedenkstätten erwachse der Gemeinde Wien eine große Verpflichtung, ebenso in der Zurverfügungstellung von Räumen für die Heimatmuseen. Dort, wo in einer Bezirksvertretung entsprechende Räume vorhanden sind, ist die Frage der Unterbringung eines Heimatmuseums ja leichter zu lösen. Die Rednerin hofft, daß beim geplanten Bau eines neuen Bezirksgebäudes auf der Wieden, auch Räume für ein Heimatmuseum gebaut werden.

Auf dem Schulbau und Schulrenovierungssektor ist viel geschehen, sodaß wir auch der Einführung des polytechnischen Jahres ruhig entgegensehen können.

Erfüllt müßte endlich auch ein immer wieder vorgebrachter Wunsch werden, nämlich die gleiche Behandlung aller Schüler, egal ob sie öffentliche oder private Schulen besuchen. Die kostenlose Vergabe der Lernmittel an die Schüler der öffentlichen Schulen ist sehr zu begrüßen, das gleiche Recht müßte aber auch für die Schüler der privaten Schulen gelten, denn auch ihre Eltern sind Steuerzahler in unserer Stadt. Auch bei der Vergabe von Stipendien sei es eine Ungerechtigkeit, wenn man Schüler von öffentlichen Schulen in das Stipendienwerk einbezieht, Schüler privater Schulen aber nicht. Hier dürfte allein die soziale Bedürftigkeit der Eltern entscheidend sein und nicht die Tatsache, welche Schule die Kinder besuchen.

Besonders erfreulich seien die Leistungen unserer Modeschule, die auch im Ausland Anerkennung finden.

Neben der Schulbildung und neben der Sorge um die heranwachsende Jugend müsse uns auch die Erwachsenenbildung am Herzen liegen.

Die Volksbildung hat heute über die Berufsbildung hinaus eine große Bedeutung, da sie das Weltbild der Menschen erweitert und die Erwachsenen mit der technischen und naturwissenschaftlichen Entwicklung bekannt mache. Eine wichtige Aufgabe der Erwachsenenbildung ist die Erziehung aller unserer Bürger zu einem echten Österreichertum. Haben wir den Mut, unser Österreichertum immer wieder zu betonen und gerade auch die Volksbildung noch mehr als bisher darauf aufmerksam zu machen, was für eine wichtige erzieherische Aufgabe sie hier zu erfüllen hat.

Es wurde davon gesprochen, daß Wien eine Weltstadt ist, die Hauptstadt Europas werden soll. Wir werden nur dann in Europa ernst genommen werden, wenn wir uns als echte, aufrechte Österreicher bekennen, denn in diesem Zusammenklang der Vereinten Nationen wird der umso mehr gelten, der umso bewußter sich zu seiner eigenen Nation bekennt. Wir müssen auch hier von den Gemeinderäten verlangen, daß sie sich als österreichische Staatsbürger und Mandatäre der Stadt Wien der Verpflichtung bewußt sind, sich zu diesem Österreichertum zu bekennen.

Der Erwachsenenbildung im Rahmen der Volksbildung hat vor allem die Aufgabe, zur Diskussion hinzuführen, zur Toleranz, zum Verständnis für die Probleme der Vergangenheit und der Gegenwart. Sie hat die Aufgabe, richtiges Wissen zu vermitteln und zur Toleranz und damit zur Demokratie zu erziehen. Daher muß sich die Tätigkeit der Volksbildungshäuser immer mehr ausbreiten, und wenn dadurch auch die finanziellen Lasten ständig wachsen, muß sich die öffentliche Hand in steigendem Ausmaß einschalten. GR. Nora Hiltl tritt dann für eine rasche Lösung der Probleme im Zusammenhang mit der Errichtung der Volkshochschule Wien-West ein.

Zu den Musikschulen bemerkt die Rednerin, sie freue sich besonders, daß im Haus der Jugend in Floridsdorf eine Zweigstelle des Konservatoriums eröffnet werden soll. Solche Schulen müßten jedoch nicht nur in Floridsdorf, sondern überall dort geplant werden, wo neue Wohnviertel entstehen. Sie regt an, eine Art "Tag der offenen Tür" in den Musikschulen einzuführen, einen Tag wöchentlich etwa, an dem Erwachsene im Interesse der Pflege der Hausmusik und des Chorsingens musizieren könnten.

Es sei ja bekannt, daß es heute viel zu wenig Möglichkeiten zur Ausübung der Hausmusik gibt.

Die Wiener Festwochen bezeichnet GR. Nora Hittl als eine gute Einrichtung, die auch ein positives Bild bei unseren Gästen aus dem Ausland hinterläßt. Es wäre jedoch gut, könnten die Vorbereitungen für die im Rahmen der Festwochen stattfindenden Europa-Gespräche auch im Kuratorium der Wiener Festwochen besprochen werden. Bisher habe man immer erst im letzten Augenblick erfahren, wer als Referent oder Diskussionsredner eingeladen wurde. Zu den Bezirksveranstaltungen, die eine ebenfalls gute Einführung seien und auf immer größeres Interesse stoßen, meint die Rednerin, daß die Programme für diese Veranstaltungen nicht allein vom Bezirksvorsteher und seinem Stellvertreter erstellt werden sollten, wie dies in einigen Bezirken geschieht, sondern man sollte in eigenen Ausschüssen gemeinsam darüber beraten.

Über das Theater an der Wien habe der Berichterstatter etwas zu wenig gesagt. Es wäre nämlich unbedingt notwendig, daß dieses Theater als ein echtes Theater der Stadt Wien geführt wird, und nicht wie jetzt, als Gastspieltheater. Es müßten vor allem Eigenproduktionen herausgebracht werden und man sollte dem Theater ein eigenes Gesicht geben. Dies müßte auch finanziell möglich sein, ohne daß die Subventionen für die anderen Theater gekürzt werden.

Überhaupt könnte in Wien besonders auf kulturellem Sektor viel mehr geschehen. So zum Beispiel könnte man in enger Zusammenarbeit mit der UNESCO ein internationales Dokumentationszentrum für Musik in unserer Stadt errichten. Ein anderer Vorschlag, den man realisieren sollte, wäre die Einrichtung einer internationalen Sprachenschule in Zusammenarbeit mit der Wiener Universität. So könnte noch vieles geschehen, um Wien das wahre Gepräge einer Weltstadt zu geben. Die ÖVP wird den Ansätzen des Wiener Kulturbudgets zustimmen.

Als nächster Redner nahm GR. Pfoch (SPÖ) das Wort.

Der Redner betont sein Einverständnis mit den Ansätzen des Kulturbudgets, weil es ein Anhalten der erfreulichen Entwicklung garantiert. Auch zeigt es, daß die Stadtverwaltung das Möglichste für die Schuljugend tut. Die Kulturpolitik von Wien hat nie mit Verboten operiert, sondern war von dem Gedanken getragen, das Schlechte durch positive Maßnahmen zurückzudrängen.

Besonders gilt es, den Menschen den Wert ihrer Freizeit vor Augen zu führen. Hierzu dienen die Büchereien, die Förderung des guten Jugendbuches, die Musik- und Filmerzziehung und die Häuser der Jugend. Freilich soll man nicht alles von Maßnahmen der Gemeinde erwarten. Vielmehr muß eine aktive Familienpolitik die Familien so stark machen, daß sie das ihre zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung beitragen können.

Im Rahmen der Rundfahrten "Neues Wien" haben bisher nicht weniger als 440.000 Besucher die Leistungen der Stadtverwaltung mit eigenen Augen sehen können. Durch die Aktion "Jugend lernt Wien kennen" sind 220.000 Schüler in die Bundeshauptstadt gekommen und mit nachhaltigen positiven Eindrücken nach Hause zurückgekehrt.

GR. Dr. Strunz hat ein Sportgesetz, eine Radrennbahn und eine Regattastrecke gefordert. Ihm kann hier gesagt werden, daß im Budget bereits 5,5 Millionen für die Errichtung einer Radrennbahn vorgesehen sind. Mit der Regattastrecke wird Wien allerdings bis zur Fertigstellung des Hochwasserschutzprojektes warten, dann soll eine Regattastrecke entstehen, auf die alle Wiener stolz sein können.

Was die Frage des Landessportgesetzes betrifft, kann dazu gesagt werden, daß Wien bereits 1927 einen Sportbeirat geschaffen hat, der wesentlich mehr Möglichkeiten zu einer umfassenden Sportförderung besitzt, als beispielsweise die Landessportgesetze von Salzburg, Steiermark, Oberösterreich und Tirol eröffnen.

Manchen erzieherischen Bestrebungen wirken die Einflüsse der Massenmedien entgegen. Wir sehen dies beispielsweise am steigenden Alkoholverbrauch. 1950 wurden 58 Liter alkoholischer Getränke pro Kopf konsumiert, 1962 waren es bereits 109 Liter. 1950 wurden für Alkohol 3,1 Milliarden ausgegeben, 1962 dagegen 8,5 Milliarden.

In einer Auseinandersetzung mit einem Zwischenruf von GR. Lauscher tritt GR. Pfoch für volle Meinungs- und absolute Redefreiheit ein. Von konservativer Seite wird behauptet, daß die Ziele der Sozialisten zu Kollektivierung und Vermassung führen müßten. Auch wird die Meinung vertreten, der Sozialismus wolle nur einen gerechten Anteil am Sozialprodukt garantieren und sonst nichts.



Beides ist falsch. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß an ihrer Wiege die Arbeiter-Bildungsvereine standen. Immer und überall vertrat der Sozialismus ein Menschenbild der Ganzheit. Der Mensch kann zwar nicht vom Brot allein, aber auch nicht ohne Brot leben. So führte der Sozialismus einen ständigen Zweifrontenkampf, einerseits für die soziale Integration und andererseits für die kulturelle und geistige Freiheit aller Menschen.

An Hand von Beispielen aus der Gründerzeit und des Arbeitsrechtes im Hochliberalismus zeigt GR. Pfoch, daß der soziale Fortschritt keineswegs ein so selbstverständlicher Prozeß ist, wie Stadtrat Schwaiger dies in einem Zwischenruf glaubhaft machen wollte. Fortschritt ist ja nicht eine anonyme automatisch wirksame Macht, sondern wird stets ausgelöst durch die progressiven Kräfte, die bei uns immer durch die Sozialdemokratie repräsentiert, dagegen von den Konservativen gebremst wurden.

GR. Pfoch kommt auf die Kulturenquete der ÖVP vor den Wahlen zu sprechen und verwahrt sich gegen die Behauptung, die Sozialisten hätten das kulturelle Kontinuum der Haupt- und Residenzstadt Wien unterbrochen. Dieses Kontinuum wurde durch die Schüsse von Sarajewo, die vom Liberalismus heraufbeschworene Weltwirtschaftskrise, den Ständestaat, die Nazidiktatur und den zweiten Weltkrieg unterbrochen. Auf die Leistungen des "Roten Wien" in der Zwischenkriegszeit seien die Sozialisten mit Recht stolz. Nach dem zweiten Weltkrieg waren es ebenfalls die Sozialisten, die das Kontinuum des kulturellen Lebens in Wien fortgesetzt haben, wobei Vizebürgermeister Hans Mandl eine führende Rolle zugekommen ist. Das Ziel der Sozialisten sind optimale Lebensbedingungen für alle Menschen. In diesem Ziel liegt der Ansporn zu neuen Anstrengungen. Das Budget 1965 gibt diesen Anstrengungen die finanzielle Basis, weshalb die Sozialisten ihm gerne ihre Zustimmung geben werden.

Nach Beendigung der Debatte sagte Vizebürgermeister Mandl in seinem Schlußwort, es gehöre gleichsam schon zur Tradition, daß sich die Kulturdebatten in die Länge ziehen. Dies sei gut so und er dankt allen Debattenrednern mit Ausnahme von GR. Peter.

Zu der Befürchtung von GR. Lauscher, daß das neunte Schuljahr einen Lehrermangel hervorrufen würde, kann gesagt werden, daß Wien derzeit einen Überhang von 500 Lehrkräften hat.

Auch die Berufsschullehrer werden durch die neue Schulordnung für drei Jahre frei und können im Pflichtschulwesen eingesetzt werden. Die von GR. Leuscher geforderten Stipendien für Schüler der musisch-pädagogischen Akademien sind im neuen Stipendienfonds der Stadt Wien bereits vorgesehen.

Was die Lehrpläne betrifft, muß betont werden, daß sie nicht in die Kompetenz der städtischen Schulverwaltung fallen. Für den inneren Schulbetrieb ist der Stadtschulrat, für die bundeseinheitlichen Lehrpläne das Unterrichtsministerium zuständig.

In Hamburg geht man so vor, daß man Schulen baut, nur die Unterrichtsräume, ohne Physiksäle, ohne Handarbeitssäle, ohne Lehrwerkstätten und ohne Turnsäle. Wir hingegen bauen keine Schulen ohne entsprechende Nebenräume.

Von den Anregungen des GR. Leuscher werden wir uns einige Dinge überlegen.

Zu wenig Sportförderung: Das ist nicht nur eine Angelegenheit des Materiellen. Ich glaube viel eher, daß wir uns in einer Funktionärskrise befinden. Es ist heute beinahe so, daß man einem Fußballer eine goldene Uhr geben muß, damit er auf das Spielfeld geht. (GR. Strunz, ÖVP: "Nur?")

Dianabad: Hier geht es darum, ob ein Neubau entstehen soll oder das Bad renoviert wird. (VBgm. Slavik (SPÖ): "Nein, es geht darum, ob wir den Grund überhaupt bekommen.")

Die vielgesuchte 50 Meter-Schwimmbahn wird im Stadthallenbad eingebaut werden.

Film: Wir haben keine andere Möglichkeit, als unsere Jugend durch Schutzbestimmungen zu schützen. Diese sind im Kinogesetz 1955 gestgelegt worden.

Fremdenverkehr: Es gilt für alle Länder, die in der russischen Zone lagen, daß sie hinter den westlichen Bundesländern nachhinken. Was Verkehrshinweise zu Bauwerken betrifft, so ist die Polizei dagegen, denn neue Schilder bringen nur Verwirrung in das Verkehrsgeschehen.

Für die Wiener Festwochen arbeiten wir schon an der Programmierung 1966. Sie sollen unter dem Titel "Wien und der Donauraum" veranstaltet werden. Die Bezirksveranstaltungen werden wir weiter ausbauen, damit die Wiener ihre Festwochen auch wirklich als ihre Festwochen bezeichnen können.

Das Theater an der Wien ist sicher ein Sorgenkind von uns allen, Aber ein eigenes Ensemble ist nicht möglich, weil die von der Gewerkschaft geforderten Jahresverträge nicht gegeben werden können. Wir brauchen das Haus fünf Wochen für die Festwochen und acht Wochen für die Sommerveranstaltungen. Ursprünglich war vorgesehen, ein Drittel des Jahres für die Staatstheater, ein Drittel für Sommerveranstaltungen und Festwochen und ein Drittel für Theater der Jugend. Dann wäre die Kapazität des Theaters voll ausgenutzt gewesen. Leider sind die Bundestheater ausgesprungen.

Abschließend nimmt Vizebürgermeister Mandl zur Rede von GR. Peter Stellung, dessen Ausführungen ihn, wie er sagt, erschüttert hätten, weil sie eine Geisteshaltung gezeigt haben, die wir als überwunden angesehen haben. Wir waren der Meinung, daß das alles wie ein böser Traum hinter uns liegt. Er habe sich an die Zeit erinnert, in der wir alle viel gelitten haben, um unser Vaterland Österreich, in der Tausende in die Konzentrationslager gegangen sind, um für ihr Österreich zu sterben und Tausende ihr Heimatland verlassen mußten. GR. Peter hat Hofmannsthal zitiert. Aber das sind die Leute, die er und seine Freunde auf dem Gewissen haben. Er sei glücklich, betonte Vizebürgermeister Mandl, mit einem Zitat entgegen zu können, das von der Großzügigkeit und der neuen gesunden Einstellung zwischen dem deutschen und dem österreichischen Volk spricht: Bundespräsident Dr. Lübke hat den österreichischen Bundespräsidenten als den Repräsentanten der österreichischen Nation apostrophiert.

Wir lieben dieses Österreich, schloß der Vizebürgermeister, wir lieben unser Vaterland aus ganzem Herzen und wir wollen ihm alle unsere Kraft geben und schenken, der wir fähig sind!

Bei der Abstimmung werden die Ansätze zum dritten Hauptstück einstimmig angenommen. Der Vorsitzende GR. Dr. Bohmann unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen Dienstag, den 15. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, fortgesetzt. Im Anschluß daran wird die Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, behandelt.